

REPORT



Erholung nach dem Krieg?

Bank Austria
Creditanstalt

Die Bank zum Erfolg.

REPORT

Editorial	3
Konjunktur	
Österreich-Konjunktur	4
BA-CA Konjunkturindikator.....	6
Internationale Konjunktur.....	7
Osteuropa-Konjunktur	8
Branche: Gütertransport und Speditionen.....	10
Finanzmarkt	
Finanzmarkt Ausblick.....	13
Europäische Unternehmen in Asien	14
Themen	
Stabilitäts- und Wachstumspakt in MOE.....	16
Bankenmarkt Slowakei	19
EU – Bewegte Zeiten	22
Tabellen	
Österreich/International	24
Osteuropa	26

Die Autoren dieser Ausgabe:

Mag. Stefan Bruckbauer.....Leiter-Stv. der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Mag. Kurt Fesselhofer,Mitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Dr. Sándor Gardó,Mitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Mag. Marianne Kager,Leiterin der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Bernd Maurer.....Mitarbeiter der Asset Management GmbH (AMG)
 Mag. Walter Pudschedl.....Mitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Mag. Günther Schmitt,Mitarbeiter der Asset Management GmbH (AMG)
 Bernhard Sinhuber,Mitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt
 Mag. Günter Wolf,Mitarbeiter der Abteilung Konzernvolkswirtschaft der Bank Austria Creditanstalt

Impressum: REPORT

Herausgeber, Verleger, Medieninhaber: Bank Austria Creditanstalt AG
<http://www.ba-ca.com>
 E-Mail: economic.research@ba-ca.com
 Redaktion: Abteilung Konzernvolkswirtschaft und Marktanalysen; Produktion: Ressort Group Public Relations
 Auskünfte: +43 (0) 50505/DW 41964 (Inhalt), +43 (0) 50505/DW 56137 (Produktion)
 Redaktionsschluss: 31.3.2003
 Abdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe
 Druck: AV-Druck, Faradaygasse 6, 1030 Wien
 Design&Grafik: Horvath, Leobendorf
 Gedruckt auf chlorfrei gebleichten Papier
 Titelfoto: Getty Images, Stone

Publikationen-Service:

Telefon: +43 (0) 50505/ DW 56141
 Fax: +43 (0) 50505/ DW 56149
 E-Mail: pub@ba-ca.com



„Gleichung mit vielen Unbekannten“

Möglicherweise, und wir hoffen es alle, ist der Krieg bei Erscheinen dieser Report-Nummer schon vorbei. Zumindest was seine unmittelbaren und direkten Kampfhandlungen betrifft. Die Folgen – die direkten wie die indirekten – werden aber lange anhalten und sind heute kaum abschätzbar. Als Ökonomen werden wir oft um die Abschätzung der Kampffolgen gefragt. Berechnungen über die Kosten des Krieges, die Folgen einer bestimmten Erdölverteuerung auf Inflation und Wirtschaftswachstum sind dabei noch vergleichsweise leicht abzuschätzen, verglichen mit der Frage, welche Effekte dieser Krieg hat, wenn man in der Folge mit einer Intensivierung des Terrors rechnen muss. So haben die politischen Konsequenzen dieses Krieges ihre ökonomischen Folgeerscheinungen.

Die Interaktion zwischen Politik und Wirtschaft ist gerade dann, wenn es um das Öl geht, besonders eng. In dieser Region ist heute ein Drittel der Welterdölproduktion konzentriert und der Anteil an den bekannten Welterdölreserven liegt noch viel höher. Nehmen wir an, die USA können und werden den Irak nach dem Sturz Saddam Husseins „gestalten“ und die Erdölvorräte für sich „sichern“. Doch ist damit auch gesichert, dass viele in der arabischen Welt, die sich von einem einfachen US-Freund-

Feind-Bild bedroht fühlen, sich gegen Amerika und seine Alliierten stellen werden und mehr oder weniger offen die fundamentalistischen Kräfte und den unter diesem Deckmantel agierenden Terrorismus schützen, ja vielleicht sogar unterstützen werden. In einem ökonomischen Szenario muss man sich daher fragen, wird die „Sicherung“ des irakischen Erdöls für die USA und seine Verbündeten nicht um den Preis einer höheren Unsicherheit in den anderen Ländern der Region bezahlt? Wie wirkt es sich auf die Weltwirtschaft aus, wenn wir als Folge des Krieges mit zunehmendem Terror rechnen müssen?

Will man daher die ökonomischen Auswirkungen dieses neuerlichen Golfkrieges abschätzen – und ich verwende hier absichtlich nicht den Terminus prognostizieren – so wird man zwischen direkten und indirekten, kurzfristigen und langfristigen Konsequenzen unterscheiden müssen.

Dauern die Kampfhandlungen nur kurz an, gibt es keine weitere Instabilisierung in der Region, so wird der Ölpreis wieder fallen und sich auf ein Niveau von 20 USD/Barrel einpendeln. Die Börsen werden positiv reagieren und die Kursgewinne – wie in den ersten Kriegstagen erfolgt – können sich halten, ja sogar weiter

steigen. Gleichzeitig sind die Kosten des Krieges und jene der Friedenssicherung überschaubar und ohne nachhaltige Belastungen für die Alliierten finanzierbar. Dauert der Krieg länger an, explodieren nicht nur die Kosten, sondern es muss mit einem weiteren Anstieg des Ölpreises gerechnet werden. Die Konsequenzen für Wirtschaftswachstum und Inflation der westlichen Industrieländer werden – und das in einer Situation mäßigen Wirtschaftswachstums – merklich werden und je nach Dauer zwischen $-0,5\%$ bis -2% zu liegen kommen.

Aber unabhängig von der Dauer der Kampfhandlungen werden die langfristigen Konsequenzen dieses Krieges auch davon abhängen, inwieweit es den USA und ihren Verbündeten gelingt, insbesondere der muslimischen Welt zu vermitteln, dass es hier ausschließlich um die Beseitigung eines diktatorischen Regimes ging. Nicht gegen die muslimische Welt, nicht um die Erdölquellen, nicht um die partikulären Interessen dritter Staaten. Gelingt das nicht, oder ist das nicht der Fall, muss man langfristig mit weiterer Instabilität in diesem Raum rechnen (oder weiteren Kriegen) mit allen Konsequenzen für den Ölpreis, den weltweiten Terror und den Handelsbeziehungen zur muslimischen Welt.

D. h. für die ökonomische Beurteilung dieses Konflikts sind nicht nur die direkten Auswirkungen zu analysieren, sondern mindestens so wichtig sind die indirekten Auswirkungen, d. h. wie wirkt er sich auf die Region (von Nordafrika bis zum Iran) aus und welche langfristige Relation ist zwischen dem „Westen“ und der „Islamischen Welt“ zu erwarten. Und somit geht es nicht allein um Öl, sondern um Glaubwürdigkeit und darauf aufbauenden Wirtschaftsbeziehungen generell.

Schließlich und endlich hat und wird der Irakkonflikt auch das Verhältnis der europäischen Staaten untereinander neu bestimmen. Die politische Integration Europas ist damit nicht gestärkt worden. Wohl aber wird – nicht zuletzt zur Diversifizierung der eigenen Ölversorgung – Russland (und seine Nachfolgestaaten) wieder mehr in den Blickpunkt strategischer Überlegungen und Investitionsentscheidungen rücken.

Konzentration auf Europa anstatt Transatlantischer Allianz?



Irakkonflikt dämpft die Konjunktur

Die Konjunktur in Österreich – Analyse und Prognose für 2003 und 2004

Privater Konsum, Investitionen und Warenexporte werden zwar 2003 eine etwas steigende Tendenz aufweisen, per saldo werden aber diese Zuwächse im Jahresdurchschnitt 2003 nur zu einer Steigerung des BIP um 1,2% führen. Erst 2004 wird mit einem Wachstum von 2,1% wieder ein höherer Zuwachs erreicht.

Die weltweite Konjunkturschwäche der jüngeren Vergangenheit wirkte sich entsprechend negativ auf die österreichische Wirtschaft aus. Besonders schmerzlich war dabei der Umstand, dass insbesondere jene Länder, mit denen Österreich besonders intensive Handelsbeziehungen unterhält, nur einen äußerst schwachen Konjunkturverlauf erreichten. Deutschland (BIP-Zuwachs real, 2002: +0,2%), Italien (2002: +0,5%) und auch die Schweiz (2002: +0,1%) wiesen kaum ein Wirtschaftswachstum auf. Auch für 2003 wird für diese Länder nur mit einem BIP-Zuwachs von jeweils etwa 1% gerechnet.

Generell wird die Dynamik der internationalen Konjunktur im Jahr 2003 zwar etwas besser als 2002, aber immer noch relativ schwach verlaufen. Wesentlicher Einflussfaktor für die Stimmung der Weltwirtschaft wird sicherlich der weitere Verlauf des Irakkonfliktes sein. Nicht nur die Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzung ist schließlich von Bedeutung,

sondern vor allem die Zeit danach – dazu gehört der Zeitpunkt friedlicher Zustände im Lande selbst sowie die Folgewirkungen auf die gesamte Region.

Wir gehen davon aus, dass der Irakkonflikt noch einige Zeit andauern wird, aber ohne größere Eskalation beendet werden kann.

Der Ölpreis wird voraussichtlich einige Zeit hoch sein, er sollte aber gegen Jahresende wieder unter 30 US-Dollar absinken.

Allerdings: Je länger der Konflikt und ein hohes Niveau des Ölpreises andauern, desto stärker wird die Beeinträchtigung der Wirtschaft sein. Wir gehen in unseren Einschätzungen zwar nicht von einer weltweiten Rezession aus, sie kann aber vom derzeitigen

Stand aus gesehen aber auch noch nicht völlig ausgeschlossen werden.

Für die österreichische Exportindustrie erwarten wir für 2003 zwar einen Anstieg der Warenexporte, jedoch wird der Zuwachs noch nicht an die guten Ergebnisse der Vorjahre anschließen können.

Etwas stärker als im Vorjahr wird 2003 der private Konsum zunehmen und damit die österreichische Konjunktur absichern. Im Gegensatz zum Vorjahr werden auch bei den Investitionen wieder Zuwächse erzielt.

Für den Jahresdurchschnitt 2003 gehen wir von einer Steigerung des BIP in Höhe von 1,2% (real) aus. Nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann ein deutlich geringeres Wachstum oder gar eine Rezession (allerdings

nur bei längerer Dauer des Krieges oder etwaiger Folgewirkungen).

Erst im Laufe des Jahres 2004 rechnen wir damit, dass die österreichische Wirtschaft wieder eine Dynamik erreicht, die dem langjährigen Wachstumspotenzial (2,3% real) nahe kommt. Für den Jahresdurchschnitt 2004 gehen wir davon aus, dass das BIP um 2,1% (real) zunehmen wird.

Gute Geschäfte mit den MOEL

Etwas mehr als 60% der Warenexporte gehen in die EU-Länder und bereits knapp 16% in die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL).

Bei den Warenimporten kommen hingegen knapp 66% aus der EU und 11,5% aus den MOEL.

Konjunkturprognose Österreich

	2000	2001	2002	Bank Austria Prognose März 2003	
				2003	2004
Wachstum real, in %					
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	3,5	0,7	1,0	1,2 =	2,1 =
Privater Konsum	3,3	1,5	0,9	1,5 +	1,7 =
Bruttoinvestitionen	2,9	-4,0	-4,6	3,4 +	4,3 =
Ausrüstungsinvestitionen	11,8	-2,9	-8,9	3,2 -	5,0 =
Bauinvestitionen	1,2	-1,5	-1,2	1,8 -	1,6 =
Exporte im weiteren Sinn	13,4	7,4	2,6	3,5 -	7,8 =
Importe im weiteren Sinn	11,6	5,9	0,0	4,3 -	7,9 =
Leistungsbilanzsaldo					
(in Mrd. EUR)	-5,4	-4,7	-1,0	-2,8 =	-2,3 =
(in % des BIP)	-2,6	-2,2	-0,5	-1,3 =	-1,0 =
Verbraucherpreisanstieg (%)	2,3	2,7	1,8	1,9 =	1,7 =
Arbeitslosenquote (gemäß EU-Norm, in %)	3,7	3,6	4,1	4,1 =	4,0 =
Arbeitslosenquote (gemäß AMS, in %)	5,8	6,1	6,9	6,8 =	6,7 =

Quelle: Bank Austria Abteilung Konzernvolkswirtschaft / + der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose erhöht / - der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose gesenkt / = gegenüber der letzten Prognose keine Veränderung / x in der letzten Prognose gab es keinen vergleichbaren Wert

Die Nachfrage der EU-Länder nach österreichischen Produkten war 2002 aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung im gesamten EU-Raum erwartungsgemäß nur sehr verhalten. Dank ihrer guten Konjunkturlage war hingegen die Nachfrage der MOEL nach österreichischen Erzeugnissen weiterhin sehr hoch, wodurch die österreichische Exportindustrie wichtige Wachstumsimpulse erhielt.

Eine Fortsetzung dieser Konstellation ist auch für 2003 anzunehmen. Im Zuge der leichten Konjunkturverbesserung im EU-Raum sowie des weiterhin sehr robusten Wirtschaftswachstums in den MOEL sollte es auch wieder zu einer stärkeren Nachfrage nach österreichischen Produkten kommen. Für den Jahresdurchschnitt 2003 rechnen wir mit einem Zuwachs von 3,5 % (real; 2002: 5,5 %).

Diese Aufwärtstendenz sollte auch 2004 anhalten, zumal die Erholung im EU-Raum Fortschritte machen sollte. Für die Warenexporte erwarten wir im Jahresdurchschnitt eine Steigerung von etwa 6,5 %.

Eine zunehmende Investitionstätigkeit und der im Vergleich zu 2002 etwas stärkere private Konsum werden 2003 dazu führen, dass die Warenimporte deutlich zunehmen. Für den Jahresdurchschnitt 2003 erwarten wir eine Zunahme um 4,2 % (real; 2002: -1,1 %).

Damit kehrt die österreichische Handelsbilanz, die im Jahr 2002 laut Statistik Austria zum ersten Mal einen leichten Exportüberschuss aufzuweisen hatte, wieder zu einem Importüberschuss zurück.

Da wir auch für 2004 eine weitere Zunahme beim Konsum und bei den Investitio-

nen annehmen, sollte auch die Dynamik bei den Warenimporten eine Steigerung erfahren. Für den Jahresdurchschnitt 2004 erwarten wir eine Zunahme der Importe in Höhe von 6,5 % (real).

Investitionen nur leicht erhöht

Die Erholung der Investitionstätigkeit wird nur langsam voranschreiten.

Während in den beiden Vorjahren (2001: -2,9 %; 2002: -8,9 %; jeweils real) bei den Ausrüstungsinvestitionen starke Einbrüche zu verzeichnen waren, erwarten wir für den Jahresdurchschnitt 2003 wieder ein leichtes Wachstum in Höhe von 3,2 %. Hervorgehoben wird dieses Wachstum aber kaum aufgrund einer umfassenden Aufbruchstimmung. Zwar hat sich die Stimmung in der Industrie leicht verbessert, durch den Irakkrieg muss aber wieder mit einer Verschlechterung gerechnet werden. Der Zuwachs bei den Ausrüstungsinvestitionen ist mehr auf einen Nachholbedarf aufgrund der in den Vorjahren zurückgestellten Projekte zurückzuführen.

Für 2004 gehen wir von einem Zuwachs in Höhe von 5,0 % aus.

Bauinvestitionen steigen

Nach zwei aufeinanderfolgenden Jahren mit schwachen Ergebnissen (2001: -1,5 %; 2002: -1,2 %; jeweils real) wird für das Jahr 2003 wieder mit einer Steigerung gerechnet.

Der Tiefbau hat sich bereits im Vorjahr stabilisiert und sollte auch im laufenden Jahr wieder zufrieden stellende Umsätze aufweisen können. Und auch vom Hochbau kommen wieder steigende Produktionsziffern. Da 2003

noch die Ersatzbeschaffungen im Zusammenhang mit den Hochwasserschäden des Vorjahres für eine Nachfragesteigerung sorgen, erwarten wir im Jahresdurchschnitt einen Investitionszuwachs in Höhe von 1,8 % (real).

2004 wird dieser Sondereffekt nicht mehr vorhanden sein, der Zuwachs der Bauinvestitionen sollte aber dennoch 1,6 % erreichen können.

Konsumsteigerung bleibt schwach

Nicht sehr kräftig entwickelt sich derzeit der private Konsum. In Erwartung einer wenig dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung, bei gleichzeitiger Befürchtung einer steigenden Inflation und damit verbundener Verschlechterung der persönlichen finanziellen Situation ist die Bereitschaft für eine Ausweitung des Konsums nur sehr schwach ausgeprägt. Für den Jahresdurchschnitt 2003 erwarten wir einen Zuwachs des privaten Konsums in Höhe von 1,5 % (real; 2002: 0,9 %). Damit bleibt der Zuwachs weit unter dem langjährigen Durchschnitt von etwa 2,5 %.

Auch für 2004 rechnen wir nicht mit einer deutlichen Zunahme der Dynamik. Wir gehen davon aus, dass der private Konsum 2004 um 1,7 % steigen wird.

Irakkrieg lässt Inflation ansteigen

Die sinkende Tendenz der letzten Monate bei den Verbraucherpreisen (zu Jahresbeginn 2002 lag die Inflation noch bei 2,1 %, im Jänner und Feber 2003 wurden nur mehr 1,7 % berechnet) dürfte zu Ende sein. Zwar besteht aufgrund der schwachen Weltwirtschaft auch weiterhin eine Tendenz zu niedri-

geren Preissteigerungsraten, jedoch könnte der Irakkrieg einen länger dauernden Anstieg des Ölpreises verursachen, in dessen Folge ein allgemeiner Preisauftrieb entstehen würde. Für den Jahresdurchschnitt 2003 rechnen wir daher mit einer Inflation in Höhe von 1,9 %.

2004 sollte sich dann wieder die Tendenz zu niedrigeren Preisanstiegen fortsetzen lassen, wir rechnen mit einem Plus von 1,7 %.

Am Arbeitsmarkt nur wenig Dynamik

Im Vergleich zu den übrigen EU-Ländern weist Österreich zwar eine relativ niedrige Arbeitslosenquote auf, dennoch ist die derzeitige Höhe alles andere als zufrieden stellend. 2002 kletterte die Arbeitslosenquote auf 6,9 % (2000 lag sie noch bei 5,8 %) und wird 2003 voraussichtlich nur eine leicht fallende Tendenz erzielen können. Im Jahresdurchschnitt rechnen wir mit 6,8 % (gemäß Eurostat: 4,1 %).

Auch für 2004 kann nicht mit einer umfassenden Verbesserung gerechnet werden. Das etwas stärkere Wirtschaftswachstum wird zwar positiv auf die Beschäftigung einwirken (Zunahme im Jahr 2003: 0,1 %; 2004: 0,5 %; ohne Karenz), aufgrund des ausreichend vorhandenen Arbeitskräftepotenzials wird aber die Arbeitslosigkeit nur gering abnehmen (6,7 % gemäß AMS, 4,0 % gemäß Eurostat).

Interessante Ergebnisse eines EU-Vergleichs: Erwartungsgemäß liegt Österreich bei der Beschäftigung Älterer nur auf Platz 11. Und gemeinsam mit Großbritannien, den Niederlanden und Irland zählt Österreich zu jenen Ländern mit dem größten Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern! ■

BA-CA Konjunkturindikator für Österreich

Auch nach dem Irakkrieg bleibt Unsicherheit

◆ **Irakkonflikt kostet rund 1/4% Wachstum**

◆ **Starker Euro und schwache Deutschlandkonjunktur belasten zusätzlich**

◆ **Deutliches Wachstum erst in einem Jahr zu erwarten**

Der BA-CA Konjunkturindikator blieb im Februar bei 2,7 und hat sich damit nach dem starken Rückgang im Jänner nicht verändert. Zwar hat sich die Stimmung der österreichischen Industrie leicht verbessert, die gesamt-europäische Industriestimmung zeigte jedoch nach unten. Die Konsumentenstimmung, deren Einbruch im Jänner für den starken Rückgang des BA-CA Konjunkturindikators im Jänner verantwortlich war, blieb im Februar

unverändert. Die Industrie hat sich zwar von den Tiefständen der Rezession Ende 2001 erholt, diese Erholung kommt nun aber nicht weiter voran. Für die fehlende Erholung ist natürlich auch die anhaltende Unsicherheit rund um den Irak mitverantwortlich. Die Stimmung der Konsumenten in den für Österreichs Exporte wichtigsten Ländern hat einen Tiefstand wie zuletzt 1993 erreicht.

Damit sind nach unserer Meinung bereits jetzt die Folgen des Irakkrieges bemerkbar. Die derzeit anhaltende Unsicherheit und der Krieg dürften Österreichs Wirtschaft heuer rund 1/4 Prozent Wirtschaftswachstum kosten, inklusive der Folgen der dadurch verzögerten Erholung

dürfte auch nächstes Jahr das Wachstum um 1/4 Prozent niedriger liegen. Wir rechnen daher seit längerem mit einem Wachstum von lediglich 1,2 % 2003 und 2,1 % 2004.

Bei dem von uns erwarteten Szenario eines kurzen Krieges bleiben damit die direkten Folgen für Österreichs Wirtschaft relativ gering. Das Risiko, dass der Konflikt eskaliert und daran anschließend eine Weltrezession ausbricht, ist vorhanden, aber gering. Mehr Risiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Österreich sehen wir jedoch im allgemeinen Zustand der Weltwirtschaft.

Der starke Euro, die Stagnation in Deutschland und die mangelnde Zuversicht an den Börsen kosten Österreich

mehr Wachstum als die direkten Folgen eines Irakkrieges. Da wir von einem Euro von durchschnittlich knapp unter 1,10 USD heuer und über 1,10 2004 ausgehen und für Deutschland heuer und nächstes Jahr ein Wachstum deutlich unter dem Potenzial erwarten, rechnen wir auch für Österreich mit einer zaghafte weiteren Erholung. Dass Österreich heuer nicht sein Wachstumspotenzial von knapp unter 2 1/4% erreicht, liegt zu einem Viertel am Irakkonflikt, zu einem weiteren Viertel am starken Euro und zur Hälfte an der schwachen Deutschlandkonjunktur mit ihren negativen Wirkungen auf das gesamte Europa. Erst im Sommer 2004 kann daher Österreichs Wirtschaft wieder mit rund 2 % wachsen. ■

Bank Austria Creditanstalt Konjunkturindikator Österreich

Der BA-CA Konjunkturindikator versucht, eine Schätzung des Konjunkturklimas ein halbes Jahr vor Veröffentlichung der BIP-Zahlen zu geben.

Ziel ist es, sehr schnell einen Anhaltspunkt über die aktuelle Konjunktursituation, der über die Befragung der Industrie hinausgeht, zu erhalten.

Die Komponenten des BA-CA Konjunkturindikators sind:

◆ das Vertrauen der österreichischen Industrie (Gewichtung 10 %),

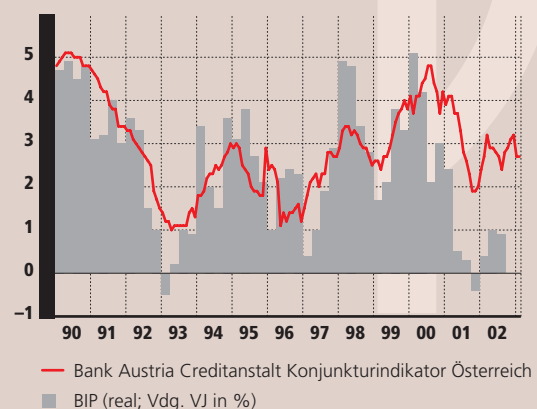
◆ das Vertrauen der Industrie im Euroland gewichtet nach dem österreichischen Außenhandel (Gewichtung 30 %),

◆ das Vertrauen der österreichischen Verbraucher (Gewichtung 50 %),

◆ das Wachstum der Konsumkredite (Gewichtung 10 %).

Die ersten drei Indikatoren basieren auf dem „EU Business and Consumer Survey“.

Die einzelnen Indikatoren werden dabei gewichtet und standardisiert und ergeben dann einen Schätzwert für den Trend des aktuellen Wirtschaftswachstums.



Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Konjunktur international

Unsicherheit auch nach Kriegsende zu erwarten

Weltwirtschaft von Unsicherheit und fehlenden Impulsen geprägt

USA

Der starke Einbruch der Stimmungsindikatoren in den USA ist ganz wesentlich vom Krieg mitbeeinflusst. Vor allem die Stimmung der Konsumenten verschlechterte sich seit Jahresbeginn dramatisch. Aber auch die Industrie zeigt wieder deutliche Zeichen von Pessimismus. Der Einkaufsmanagerindex bewegte sich im März mit 50,5 wieder gefährlich nahe in die Richtung der 50er-Marke, die ein Schrumpfen der Industrieproduktion bedeuten würde.

Die Industrieproduktion hat sich in den letzten Monaten seitwärts bewegt, die Umsätze im Einzelhandel haben deutlich an Dynamik verloren. Trotz leicht sinkender Arbeitslosenquote zeigt auch die Beschäftigung deutlich rückläu-

fige Dynamik. Inwieweit diese Situation auf die Unsicherheiten rund um den Irakkrieg zurückzuführen ist, ist schwer zu beurteilen. Allerdings haben sich viele Indikatoren bereits vor der Verschärfung des Konfliktes sehr schwach entwickelt. Daher kann auch nach dem Kriegsende nicht damit gerechnet werden, dass die Konjunktur, abgesehen von einer möglichen kurzfristig aufkommende positiven Stimmung, sich deutlich beschleunigt. Schwache Unternehmensgewinne und Zurückhaltung der Konsumenten aufgrund der Verschuldung und der Arbeitsmarktsituation werden auch weiter negative Wirkung auf die Konjunktur zeigen. Impulse bringen weiterhin im Wesentlichen die öffentliche Nachfrage und der private Immobilienboom. Beides kann jedoch keinen dauerhaften Aufschwung schaffen.

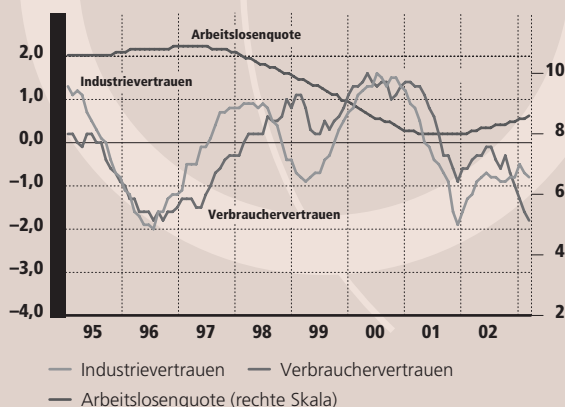
Euroraum

Der Euroraum ist einerseits parallel zu den USA vom Konflikt um den Irak betroffen, andererseits belastet die Konjunkturschwäche Deutschlands Europas Wirtschaft deutlich mehr als die globalen Unsicherheiten. Zu Jahresende 2002 fiel die Wirtschaft des Euroraumes erneut in die Stagnation zurück. Im Dezember brach sowohl die Industrieproduktion als auch der Einzelhandelsumsatz ein. Im Wesentlichen war diese Entwicklung von Deutschland geprägt. Dieser Entwicklung war eine Stimmungverschlechterung ab Herbst in Deutschland vorausgegangen. Seit dem Jahreswechsel zeigt sich die Stimmung in Deutschland nur wenig verbessert. Gleichzeitig macht sich die schwache Deutschlandkonjunktur nun zunehmend auch in anderen Euroländern bemerkbar.

Angesichts der angekündigten Maßnahmen der deutschen Regierung und der angespannten Budgetlage ist auch in den nächsten Monaten mit keiner durchgreifenden Beschleunigung der deutschen Konjunktur zu rechnen. Daher gilt auch für den Euroraum, dass das Ende des Irakkrieges nicht zu einer boomenden Wirtschaft führen wird. Auch sind die direkten Auswirkungen des Konfliktes auf die Wirtschaft im Euroraum, abgesehen von der Stimmung, beim sich abzeichnenden Szenario wahrscheinlich geringer als vielfach angenommen.

Zusätzlich zu den konjunkturellen und strukturellen Problemen im Euroraum (Deutschland) wird die Wirtschaft in Europa in den nächsten Monaten auch von einem starken Eurokurs belastet werden. ■

Konjunktur Euroraum



Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Konjunktur USA



Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Konjunktur Mitteleuropa

Irakkonflikt verlangsamt Frühlingserwachen

Die Reformländer Mittel- und Osteuropas machen ein Jahr vor dem geplanten EU-Beitritt angesichts der internationalen Rahmenbedingungen weiterhin eine überraschend gute Figur. Den negativen globalen Entwicklungen konnten sich die Länder im Vorjahr gut entgegenzusetzen. Die vollständige Abkopplung von externen Einflüssen, wie u. a. den Auswirkungen der Irakkrise, ist aber nicht möglich. Die wirtschaftliche Dynamik wird darunter leiden.

Das Wirtschaftswachstum im mittel- und osteuropäischen Raum war im Jahr 2002 mit einem realen Anstieg des BIP um 2,1 % in der Ländergruppe der CEE 5 (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) nur von einer verhaltenen Entwicklung geprägt. Allerdings konnte damit entgegen früheren Erwartungen die Dynamik von 2001 zumindest gehalten werden. Damit erwies sich trotz der anhaltenden Konjunkturflaute die Wirtschaft in den Reformländern, die bald der EU beitreten werden, als überraschend robust.

In den meisten Ländern sorgte die Inlandsnachfrage für konjunkturellen Elan. Hohe Lohnzuwächse, eine starke Ausdehnung der Bankkredite an den privaten Sektor, vor allem an die Haushalte, und in einigen Ländern eine vorwiegend von der öffentlichen Hand getragene schwungvolle Investi-

tionstätigkeit waren die Stützen. Etwas unerwartet leistete jedoch auch die Auslandsnachfrage einen wesentlichen Beitrag zum Wachstum. Dies, obwohl die Erfolgsaussichten im Außenhandel im vergangenen Jahr zum einen durch die schwache Konjunktur in der EU und dem daraus resultierenden nur moderaten Importbedarf, vor allem von Deutschland, und zum anderen durch die Aufwertung der lokalen Währungen gegenüber dem Euro gedrückt waren. Selbst nominell gewannen der ungarische Forint im Jahresmittel etwa 5 % an Wert gegenüber der europäischen Einheitswährung und die tschechische Krone sogar um fast 10 %.

Exportenerfolge stützen Konjunktur

Doch trotz dieser widrigen Rahmenbedingungen verzeichneten die mittelosteuropäischen Reformländer 2002 einen Anstieg der Güterausfuhren um durchschnittlich mehr als 7 % (nominell, EUR-Basis). Der moderate Anstieg der Importe, der mit durchschnittlich rund 5 % geringer als die Exportdynamik ausfiel, erlaubte eine Verringerung des negativen Handelsbilanzsaldos. Das Defizit der Ländergruppe CEE 5 sank von etwa 26 Mrd. Euro im Jahr 2001 auf unter 24 Mrd. Euro im Jahr 2002, wobei in allen Ländern eine spürbare Verbesserung erkennbar war. Im Durchschnitt nahm das Außenhandelsdefizit um etwa einen

Prozentpunkt auf knapp über 6 % des BIP ab. Besonders stark fiel die Reduktion in Slowenien und in der Tschechischen Republik aus. Beide Länder weisen 2002 nur noch einen Fehlbetrag von rund 3 % des BIP auf.

Auch die Exporte der CEE 5 in die Europäische Union erreichten genau wie die Gesamtausfuhren im Vorjahr einen Zuwachs von 7 %. Dies ist ein besonders respektables Ergebnis, wenn man in Betracht zieht, dass die gesamten Importe der EU auf Euro-Basis um etwa 5 % gesunken sind. Ein wichtiges Erfolgsrezept der mittelosteuropäischen Exporteure war die rasche Umorientierung des Handels in neue Märkte wie z. B. Niederlande, Großbritannien oder Frankreich, um damit der Abhängigkeit von der besonders schwachen Konjunktur in Deutschland entgegenzuwirken.

Die Länder der Region haben jedoch nicht nur Exportmarktanteile gewonnen, sondern zumeist auch den Anteil der eigenen Ausfuhren in die Union an den gesamten Exporten erhöhen können. Eine Ausnahme stellt hier allerdings Slowenien dar. Unser südliches Nachbarland konnte zwar seine Ausfuhren im Vorjahr um insgesamt 6 % steigern, jene in die EU dagegen nur um knapp 1 %. Der Exportanteil sank daher deutlich von über 62 % auf knapp über 59 % im Jahr 2002. Im Durchschnitt der CEE 5 beträgt die Handelsverflechtung mit der EU dagegen fast 69 %.

Diese „Abkehr“ Sloweniens von der Europäischen Union steht allerdings mit positiven Entwicklungen im südosteuropäischen Raum im Zusammenhang. Der Außenhandel innerhalb dieser Region beginnt sich mit der politischen und wirtschaftlichen Festigung zu intensivieren und Slowenien spielt seine ökonomische Stärke, die geographische Nähe und die vorhandenen Marktkenntnisse aus. Besonders bemerkenswert ist allerdings, dass Slowenien das einzige Land Mitteleuropas ist, dessen negativer Handelsbilanzsaldo mit der EU sich im abgelaufenen Jahr im Vergleich zu 2001 verschlechtert hat. Dagegen hat sich in Polen der Fehlbetrag zum Teil erheblich reduziert. In der Slowakei, Tschechien und Ungarn erhöhte sich der Handelsbilanzüberschuss, den diese Länder im Außenhandel mit der EU ausweisen.

Der Erfolg im Außenhandel der mittelosteuropäischen Länder ist vor allem auch auf die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in der exportorientierten Industrie zurückzuführen. Die Strukturreformen, Privatisierungen und folgende Investitionen der vergangenen Jahre haben Früchte getragen. Die Arbeitsproduktivität, also der Output pro Beschäftigten in der Industrie, hat in der Region im abgelaufenen Jahr wieder deutlich zugenommen. Der Anstieg betrug zwischen 4,5 % (Ungarn) und sogar über 7 % in Polen.

Da die Lohnanstiege in den betreffenden Ländern unter den Produktivitätsgewinnen lagen, sind die Industrieerzeugnisse international wettbewerbsfähiger geworden. Eine Ausnahme stellt diesbezüglich allerdings Ungarn dar, wo der Lohnanstieg von real 6,8 % in der Industrie über dem Produktivitätsanstieg lag.

Die hohe Konkurrenzfähigkeit ist jedenfalls eine wichtige Bedingung dafür, dass die Industrie sich aus dem Tief zum Jahreswechsel 2001/2002 erholen konnte und seit der 2. Jahreshälfte 2002 langsam Rückenwind spürt. Insbesondere in der Slowakei, in Ungarn und Polen zeigt die Industrieentwicklung wieder nach oben, wenn auch die Steigerungsraten im Vergleich zu den Vorperioden noch vergleichsweise wenig dynamisch und wenig stabil sind. Der Aufwind in der Industrie bläst zwar noch schwach und böig, reicht aber aus, um die Konjunktur im laufenden Jahr leicht aufzufrischen (siehe Grafik).

Irakkrieg belastet

Die Wirtschaftsdynamik wird im laufenden Jahr in der Region CEE 5 von durchschnittlich 2 % im Jahr 2002 auf 3 % ansteigen. Für den Wirtschaftsraum CEE 10, inklusive den baltischen Staaten sowie Rumänien und Bulgarien ergibt sich nach unseren aktuellen Prognosen ein Wachstum von sogar 3,3 % (2002: 2,6 %). In den meisten Ländern ist 2003, bedingt durch eine Abschwächung der Binnennachfrage, jedoch ein geringerer Anstieg des BIP als im Vorjahr zu erwarten. Der Durchschnitt wird ausschließlich von der Entwicklung in Tschechien, Ungarn und Polen nach oben gezogen. Vor allem die Wachs-

tumsbeschleunigung in Polen, dem größten Beitrittskandidatenland, von 1,3 % im Vorjahr auf 2,8 % ist für den Aufwärtstrend verantwortlich. Hier haben sich die Signale für eine allmähliche Erholung der Konjunktur verdichtet. Importe, Exporte und die Industrie haben begonnen, an Dynamik zu gewinnen.

Unser aktuelles Konjunkturszenario basiert auf der Annahme einer Kriegsdauer von wenigen Wochen und somit weder auf einem Blitzsieg der USA noch auf einer unkontrollierbaren Eskalation. Unter diesen Rahmenbedingungen ist die osteuropäische Wirtschaft zwar von einer Wachstumsverlangsamung gegenüber einem Szenario ohne Krieg bzw. ohne der vorangegangenen Phase der Unsicherheit betroffen, allerdings betragen diese Einbußen im laufenden Jahr im Durchschnitt nur etwa 0,3 Prozentpunkte. Gedämpft wird die Wirtschaftsdynamik dabei vom ungünstigen internationalen Umfeld. Der Irakkonflikt belastet das Wirtschaftswachstum in der EU, dem mit Abstand wichtigsten

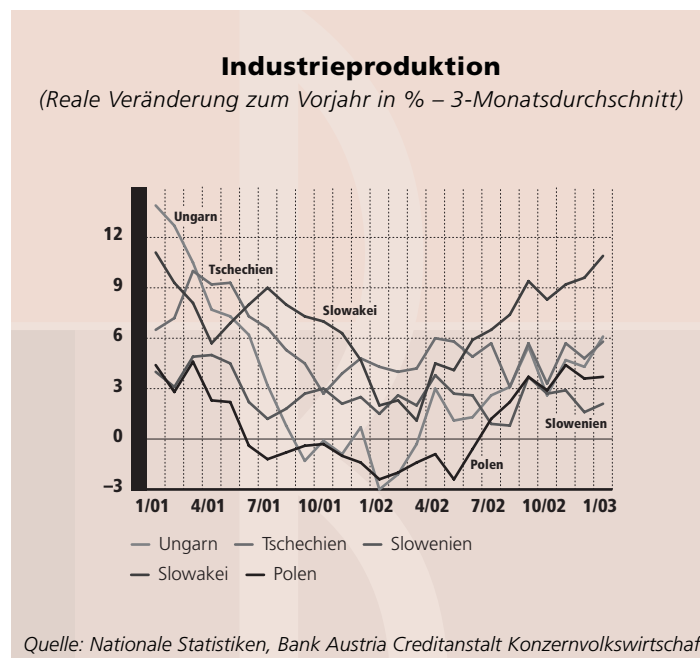
Handelspartner der mittelosteuropäischen Länder und beeinträchtigt damit die Auslandsnachfrage. Der Anstieg der Exporte in Osteuropa wird daher um etwa 1–2 Prozentpunkte geringer ausfallen als noch vor wenigen Wochen erwartet.

Ölpreisanstieg heizt Inflation an

Die Wirtschaftsentwicklung der osteuropäischen Länder wird vor allem jedoch durch den spürbaren Anstieg des Erdölpreises belastet, der sich in einer höheren Inflationsrate niederschlägt. Diese wird durch den Irakkrieg zwar nur kurzfristig spürbar ansteigen, aber dennoch negativ auf die Wirtschaftsdynamik wirken, denn die höhere Teuerung reduziert die realen Einkommenszuwächse. Somit wird der Binnenwirtschaft zusätzliche Nachfrage entzogen.

Im Rahmen des angenommenen Konfliktszenarios ist zwar nur von einer zeitlich begrenzten Reaktion des Ölpreises auszugehen, dennoch wird der Ölpreis im Jahresmittel mehr als 35 USD pro

Barrel betragen, nach „nur“ rund 25 USD im Jahr 2002. In den erdölimportierenden Ländern Mittelosteuropas wirkt dieser Preisanstieg um etwa 40 % angesichts eines Anteils von Erdöl und -produkten an den gesamten Einfuhren von durchschnittlich 8 % direkt auf die Inflation. Erdöl- und Erdölprodukte sind in den Warenkörben, die zur Berechnung der Teuerungsrate in den Ländern herangezogen werden, mit zum Teil bis zu 20 % gewichtet. Daher erwarten wir nunmehr für 2003 eine Inflationsrate, die um einen halben bis einen Prozentpunkt über einem Szenario ohne Irakkrieg liegt. Von 2,9 % im Jahr 2002 steigt die Teuerung in den CEE 5 durchschnittlich daher auf 3,6 %. Der deutliche Unterschied zur bisherigen Prognose in Ländern wie z. B. der Slowakei ist jedoch auch auf Veränderungen bei Gebühren und in der Steuerpolitik zurückzuführen. Die Auswirkungen werden in manchen Ländern jedoch durch Steueränderungen begrenzt. So hat die slowenische Regierung bereits mehrmals die Steuer auf Treibstoffe reduziert, um den Ölpreisanstieg nicht vollständig auf den Abgabepreis durchschlagen zu lassen. Ein stärkerer Effekt des Ölpreisanstiegs auf die Inflation in Mittelosteuropa wird zudem durch den Kursgewinn des Euros und der sich am Euro orientierenden Währungen der Region gegenüber dem US-Dollar verhindert. Im Jahresdurchschnitt erwarten wir einen Wechselkurs des Euro zum US-Dollar von 1,08. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Aufwertung des Euros um durchschnittlich fast 15 %, was sich dämpfend auf die Preise vieler Importgüter auswirken wird. ■



Gütertransport

Druck im Blutkreislauf der Wirtschaft steigt

Die Sparten Gütertransport und Speditionen wachsen zusammen und expandieren gleichzeitig in andere Wirtschaftsbereiche hinein. Transportunternehmen werden zu Logistikdienstleistern und können damit überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten verbuchen. Eine der wenigen unternehmerischen Alternativen, um dem zunehmenden Konkurrenzdruck im Güterbeförderungsmarkt erfolgreich zu begegnen.

Definitionsgemäß befördern die Transporteure Güter auf eigene oder fremde Rechnung, während die Spediteure Transport- und Umschlagleistungen besorgen, sich um die Begleitpapiere, die Zollabwicklung und das Verpacken, Umpacken oder Wiegen der Güter kümmern. Große Un-

ternehmen in der Branche bieten längst die gesamte Leistungspalette an. Sie firmieren als Logistikdienstleister und übernehmen teilweise das gesamte Zuliefer- und Versandwesen für die Auftraggeber, wie die Lagerhaltung, die Auftragsbearbeitung, bis hin zum Inkasso. Damit dringen die Transportunternehmen zunehmend in den Aufgabenbereich des Großhandels ein. Insgesamt arbeiten in Österreich unter Einbeziehung der Speditionen 5.500 Unternehmen im Transportgewerbe.

Gütertransport als Motor des Wirtschaftswachstums

Vom Handel, Binnen- wie Außenhandel, kommen seit Jahren entscheidende Impulse für das heimische Wirtschaftswachstum. Dabei wird die hohe Bedeutung der

Transportwirtschaft als dem Blutkreislauf der Wirtschaft kaum beachtet. Mit Ausnahme von Software oder anderen Informationsgütern, die elektronisch verfügbar sind, müssen die gehandelten Waren zumindest vom Produzenten zu den Käufern befördert werden, oft über mehrere Zwischenstufen im Handel. Die Nachfrage nach den Leistungen der Transportwirtschaft ist damit eng an die Entwicklung im Handel gekoppelt, wie sich Ende der 90er Jahre deutlich zeigte. Angetrieben von den lebhaften Handelsaktivitäten stieg der Umsatz im Transportgewerbe von 1997 bis 2000 um durchschnittlich 10 Prozent im Jahr (auf 10,7 Milliarden Euro), die Zahl neuer Arbeitsplätze im Sektor jährlich um mehr als 3 Prozent. 2000 waren bereits 65.000 Menschen im Transportgewerbe beschäftigt

(Die Daten beziehen sich auf den Straßengütertransport und die Speditionen). Im Vergleich dazu sind die Erlöse der Sachgütererzeugung nur halb so schnell gewachsen und die Zahl der Arbeitsplätze ist um 0,6 Prozent gesunken.

Trotz kräftiger Zuwächse hat sich der hohe Konkurrenz- und Preisdruck im Transportgewerbe gegen Ende der 90er Jahre nicht gelockert. Ein Indikator dafür, dass die Ertragsentwicklung hinter der Umsatzentwicklung zurück blieb, ist das relativ geringe Wachstum der Branchenwertschöpfung von durchschnittlich 7 Prozent zwischen 1997 und 2000.

Transportkonjunktur 2001

Nach 2000 stehen keine Umsatzdaten zur Verfügung, weshalb zur Beurteilung der Transportkonjunktur auf

(Tabelle 1)

Modal Split¹

	Straße	Schiene	Flüsse	Rohre ²
EU-15	75 %	14 %	7 %	5 %
Österreich	46%	26%	4%	24%
Tschechien	66 %	30 %	2 %	3 %
Slowakei	28 %	63 %	9 %	–
Ungarn	56 %	26 %	5 %	14 %
Slowenien	42 %	58 %	–	–
Polen	48 %	38 %	1 %	13 %

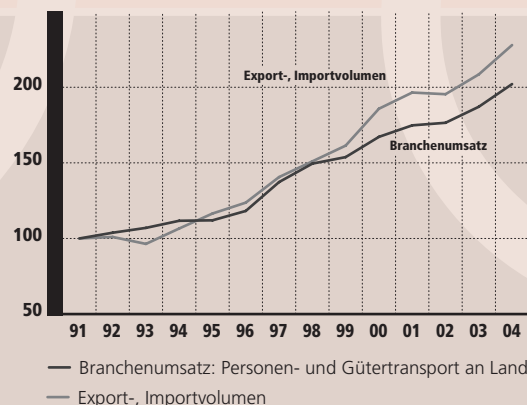
Quelle: EU GD 7, BMV; Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft /

1) Anteile der Verkehrsträger an der im Inland erbrachten Transportleistung

(in t-km); Öster. 2001, lt. BMV / 2) Rohrleitungen (Öl, Gas)

Transportumsatz

1991 = 100



Quelle: WIFO, ÖBR, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Mengendaten zurückgegriffen werden muss. 2001 wurden von heimischen Lkw in 23 Millionen Fahrten Güter mit einem Gesamtgewicht von 284 Millionen Tonnen befördert, davon 236 Millionen Tonnen auf Straßen im Inland. Mehr als die Hälfte des Transportaufkommens sind Baumaterialien, Sand und Schotter. Der Produktionsrückgang transportintensiver Industriebranchen, wie der Nahrungsmittelerzeugung, der Papierindustrie oder der Baustoffindustrie, machte sich 2001 im Transportaufkommen negativ bemerkbar. Allerdings konnten die Einbußen im Inlandstransport mit Zuwächsen im grenzüberschreitenden Transport kompensiert werden. Das zeigt der 2,5 %-Zuwachs des Transportaufkommens in diesem Segment. Die Transportleistung im grenzüberschreitenden Verkehr (Transportaufkommen multipliziert mit der zurückgelegten Wegstrecke) ist 2001 sogar um 6,8 Prozent auf 38 Milliarden Tonnenkilometer gestiegen.

Die Transportleistung als die entscheidendere Größe für den wirtschaftlichen Erfolg des Transportgewerbes, unterstreicht die sehr gute Umsatzentwicklung der vergangenen Jahre. Zwischen 1995 und 2001 wuchs der Indikator um durchschnittlich 5,8 Prozent im Jahr, im grenzüberschreitenden Transport

überschreitenden Transport um 11 Prozent (2001 18 Mrd. t-km), im Transit mit heimischen LKW um 5 % (4,9 Mrd. t-km) und im Kabotageverkehr, Transporte heimischer Unternehmen, die zur Gänze im Ausland stattfinden, sogar um 18 Prozent (1,7 Mrd. t-km). Die Transportleistung im Inland stagnierte (bei 12 Mrd. t-km).

Die Erfolge des Transportgewerbes auf der Straße gingen teilweise zu Lasten der Bahn, die im grenzüberschreitenden Verkehr doch einen Marktanteil von mehr als 50 Prozent hält. Die Transportleistung auf der Schiene wuchs zwischen 1995 und 2001 nur um 4,7 Prozent im Jahr (auf 17,4 Mrd. t-km).

Konjunkturinbruch 2002

2002 verlor das Transportgewerbe an Schwung. Die Transportleistung heimischer Lkw stieg im ersten Halbjahr nur mehr um 2,5 Prozent und dürfte im weiteren Jahresverlauf schwächer geworden sein, wie die verfügbaren Daten für den Schienengüterverkehr zeigen. Im ersten Halbjahr konnte die Bahn ein Plus der Transportleistung von 5 Prozent verbuchen, das sich im Gesamtjahr nach Einbußen in der zweiten Jahreshälfte auf 1,4 Prozent verringerte. Wie 2001 fehlten jegliche Impulse von transport-

intensiven Industrien im Inland. Darüberhinaus ist 2002 das österreichische Außenhandelsvolumen gesunken (-0,6 Prozent). Entsprechend pessimistisch waren die Konjunktüreinschätzungen der Unternehmen, mit der Konsequenz, dass die Lkw-Neuzulassungen kräftig gesunken sind. Nachdem der Branchenumsatz 2001 schätzungsweise noch um knapp 5 Prozent zulegen konnte, dürfte 2002 kein Zuwachs mehr möglich gewesen sein.

Neue Rahmenbedingungen

Mit der Einführung der Lkw-Maut und der bevorstehenden EU-Osterweiterung wird das Transportgewerbe mehr denn je mit neuen Rahmenbedingungen konfrontiert. Die Nutzung des hochrangigen Straßennetzes in Österreich soll für Lkw ab 2004 im Durchschnitt 0,22 Euro pro Kilometer kosten. Für Lkw der höchsten Mautklasse bedeutet das eine Mehrbelastung von 8 bis 10 Prozent im Jahr, obwohl die Straßenbenutzungsabgabe fällt und Erleichterungen bei der Kfz-Steuer vorgesehen sind. Ein Teil der zusätzlichen Kosten kann auf die Frachtpreise übergewälzt werden. Dennoch müssen die Unternehmen mit Ertragseinbußen rechnen. Nicht zuletzt weil mit der relativen Ver-

teuerung des heimischen Straßengütertransports auch der Konkurrenzdruck von Seiten der Bahn wächst.

Modal Split

Langfristig wird die Änderung der Preisrelationen den Modal Split verändern, das heißt die Verteilung der Transportleistung auf die zentralen Verkehrsträger. Bestehende strukturelle Unterschiede im Modal Split zwischen einzelnen Ländern erklären sich im Wesentlichen mit der spezifischen Produktionsstruktur sowie geografischen und logistischen Rahmenbedingungen. In Österreich werden 46 Prozent der Transportleistung in- und ausländischer Unternehmen (insgesamt 61 Mrd. t-km) auf der Straße erbracht. Im EU-Vergleich spielt also die Straße als Verkehrsträger für den heimischen Güterverkehr eine geringe Rolle (siehe Tabelle 1).

In Osteuropa hat der Verkehrsträger Straße die Schiene erst im letzten Jahrzehnt überholt. Auslöser für die hohen Zuwächse im Straßengütertransport in CEE war die Umstrukturierung der Industrie. Die Erzeugung grundstofflastiger Produkte, deren Transport auf der Schiene effizienter ist, wird zunehmend von der Produktion höherwertiger Produkte verdrängt. Der Trend wird sich in den nächsten Jahren

(Tabelle 2)

Kosten im Fuhrgewerbe¹

in €/ km	Gesamt	Personal
EU-Ø	0,86	0,41
CEE	0,7	0,1
dav. Bulgarien	0,56	0,08
Slowenien	0,81	0,23

Quelle: IRU, NEI / 1) Schätzungen für 1998

(Tabelle 3)

Straßengütertransport

Transportaufkommen in Österreich

	Mio. t ¹	1999–2015
Gesamt	346	41%
Inland	247	23%
Import/Export	59	90%
Transit / Kabotage	40	84%

Quelle: BMV, Herry Verkehrsplanung; Bank Austria Creditanstalt /

1) österreichische + ausländische Unternehmen; 2001

fortsetzen – und damit auch der Realisierung des politischen Wunsches auf EU-Ebene, einer stärkeren Einbindung des Schienenverkehrs in die Transportwirtschaft, noch Jahre entgegenwirken.

Im Werk- und Nahverkehr bleiben Lkw auf jeden Fall das Transportmittel Nummer 1, auch wenn die Beförderungskosten substantiell steigen sollten. Für die Sammlung und die Verteilung von Gütern bis zu einer Entfernung von etwa 150 km gibt es kaum effizientere Alternativen. Im Fernverkehr ist die Transportnachfrage wesentlich preissensitiver. Hier übernehmen die Schiene, Wasserstraßen und Rohrleitungen schon jetzt wichtige Teile im Gütertransport. Mit einer stärkeren Erhöhung der Lkw-Transportpreise wird die Straße Anteile an die Schiene verlieren.

Die Vergleichbarkeit der Kosten und Preise der einzelnen Verkehrsträger ist ebenso problematisch wie genauere Aussagen zur Entwicklung des Modal Split. Entsprechend vorsichtig sind die zu erwartenden Marktanteilsgewinne der Bahn im Gütertransport zu beurteilen. Folgende Argumente sprechen aber für leichte Anteilsgewinne der Bahn:

- ◆ Auch wenn die EU-Wegekostenrichtlinie den Straßen-güterverkehr nicht nennenswert belastet, muss in den nächsten Jahren auf europäischer Ebene mit strafferen und damit kostenerhöhenden Regeln gerechnet werden. Einerseits um die externen Kosten des Straßenverkehrs umfassender zu decken. Andererseits um die bestehenden Regeln in der Gemeinschaft zu harmonisieren und für eine strengere Überwachung zu sorgen

(vor allem der Arbeitsbedingungen).

- ◆ In den letzten Jahren förderte der Wettbewerbsdruck im Straßengüterverkehr das Preisdumping und hat die finanzielle Substanz der Unternehmen ausgehöhlt. Brancheninternen Informationen zur Folge hat das Preisniveau 2002 seine Talsohle erreicht.

- ◆ In Zukunft sollte der Schienengüterverkehr auch aus eigener Kraft relativ billiger werden. Mit der Öffnung des europäischen Bahnnetzes wurde ein erster Schritt zur Forcierung des Wettbewerbs unter den Gesellschaften gesetzt. Seit März 2003 können alle nationalen Strecken konzessionsfrei befahren werden. Die Liberalisierung sollte mittelfristig für Produktivitätszuwächse sorgen. Stärkere Marktanteilsgewinne der Bahn bleiben auf EU-Ebene dennoch ausgeschlossen, weil sich die Anteile im Gütertransport der Beitrittsländer noch Jahre zugunsten der Straße verschieben.

Perspektiven

Parallel mit der Erholung des Außenhandels 2003 und 2004 wird sich die Nachfrage des heimischen Transportgewerbes wieder beschleunigen. Mit der Lockerung des Konkurrenz- und Preisdrucks kann aber nicht gerechnet werden. Schon jetzt wird rund die Hälfte des grenzüberschreitenden Transportaufkommens auf Österreichs Straßen von ausländischen

Lkw abgewickelt. Das Wachstum des Branchenumsatzes bleibt in den nächsten Jahren wahrscheinlich unter dem hohen Niveau der 90er Jahre.

Österreichs Transportgewerbe gerät vor allem gegenüber den Konkurrenten aus CEE ins Hintertreffen. Ihre Transportkosten lagen in den 90er Jahren um durchschnittlich 20 Prozent unter dem EU-Niveau, in erster Linie aufgrund der um 70 Prozent niedrigeren Personalkosten. Andere Kostenbestandteile, Steuern, Abschreibungen oder Treibstoffkosten waren zum Vergleichszeitpunkt Ende der 90er Jahre zum Teil sogar höher als im EU-Schnitt. Laut jüngeren Branchenumfragen liegen die Transportkosten österreichischer Lkw im Bereich von 0,7 bis 1,5 €/km, in Ungarn bei 0,45 bis 0,7 €/km (Herry, 2001). Der Kostenvorteil osteuropäischer Frächter ist im Segment einfacher Transporte entscheidend. Mit zunehmender Komplexität der Logistikdienstleistung wird der Vorteil schwächer.

Mit dem EU-Beitritt der CEE-Länder und der Harmonisierung ordnungspolitischer Rahmenbedingungen werden sich die Personalkosten langsam angleichen. Dennoch dürfen die CEE-Unternehmen weitere Marktanteilsgewinne erwarten, vor allem im Ost-West-Transport. Einerseits weil sie ihre zunehmenden Personalkosten durch die bessere Auslastung der Beförde-

rungskapazitäten abfedern können. Andererseits braucht die Harmonisierung verkehrsspezifischer Regelwerke Zeit. Die vorhandenen, relativen Kostenvorteile werden die Konkurrenzfähigkeit osteuropäischer Frächter noch auf Jahre hinaus stärken. Ihre Wettbewerbsvorteile kommen vor allem in den CEE-Heimmärkten und im grenzüberschreitenden Ost-West-Verkehr zum Tragen, den künftig wachstumsstärksten Transportmärkten. Mit der wirtschaftlichen Integration der CEE-Länder und dem steigenden Einkommensniveau wächst der Ost-West-Handel und damit der grenzüberschreitende Verkehr. Prognos rechnet bis 2015 mit einer Zunahme der Güterverkehrsleistung in der EU um insgesamt 39 Prozent, im grenzüberschreitenden Verkehr zwischen den Beitrittsländern und der EU um fast 200 Prozent. Schätzungen für die Transportleistung auf Österreichs Straßen stehen zwar nicht zur Verfügung, allerdings für das Transportaufkommen, das im selben Zeitraum um mehr als 40 Prozent wachsen sollte, im grenzüberschreitenden Verkehr um 90 Prozent.

Mit Ausnahme von Transporten auf lokaler Ebene bieten sich unter diesen Rahmenbedingungen westeuropäischen Unternehmen nur mehr im Feld komplexer und wertschöpfungsintensiver Logistikdienste viel versprechende Perspektiven. ■

(Tabelle 4)

KFZ-Neuzulassungen					
	in 1.000	2002	2001	2000	Ø 95/00
LKW	25,6	- 8,1%	- 11,4 %	8,2 %	4,5 %
dav. Fuhrgewerbe	2,3	- 13,2 %	- 11,9 %	9,0%	12,4 %
PKW	279,5	- 4,8 %	- 5,1 %	- 1,5%	2,0 %

Quelle: Statistik Austria; Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Finanzmarkt Ausblick

Stabilität und Volatilität

Was kommt nach dem Kriegsende?

Die Finanzmärkte der Welt stehen im Banne der Entwicklung im Irak. Vor allem die Aktienmärkte zeigen eine enorme Volatilität. Gleichzeitig haben sich jedoch die wichtigsten Märkte in Europa und den USA im letzten Quartal wenig verändert. Die stärkste Veränderung zeigten noch die langfristigen Zinssätze, die in Europa heute etwas niedriger liegen als zu Jahresende, in den USA etwas höher.

Der Dow Jones verlor zwar im Vorfeld des Krieges seine Gewinne der ersten Tage des Jahres wieder und lag eine Woche vor Kriegsbeginn rund 10 % unter dem Wert zu Jahresende 2002, bereits bei Kriegsbeginn hatte er aber diesen Rückgang wieder aufgeholt und schwankt seither je nach Meldungen

zum Krieg. Erst einige Zeit nach dem Ende des Krieges und des dadurch entstehenden Optimismus wird sich zeigen, wie die Aktienmarktentwicklung in den USA weitergeht. Dies wird dann wieder stärker von den „Fundamentaldaten“, d. h. Gewinn- und Konjunkturlage, abhängig sein. Unsere Erwartung dafür ist jedoch derzeit eher gedämpft. Eine starke US-Erholung ist vorläufig nicht zu erwarten. Die Fed dürfte jedenfalls bis zum Frühjahr 2004 wenig Veranlassung haben, die Zinsen zu erhöhen.

Die US-Staatsanleihen konnten ihrem Ruf als sicherer Hafen bisher nur zum Teil gerecht werden. Trotz schwacher Konjunktur stiegen die Zinsen, im Gegensatz zum Euroraum, seit Jahresbeginn leicht an und verloren einen Teil der negativen Zinsdifferenz zum Euroraum. Diese

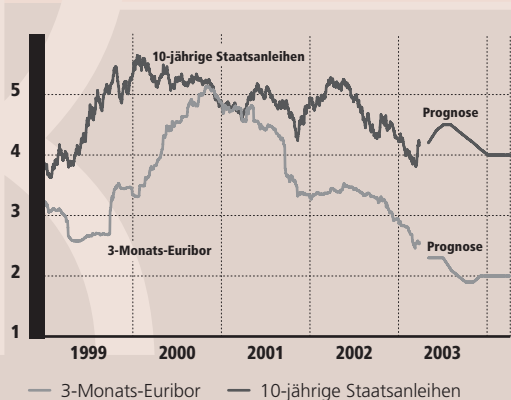
Entwicklung ist im Wesentlichen mit dem spürbar steigenden Haushaltsdefizit der USA verbunden, das zusätzlich zu den konjunkturbedingten Belastungen nun auch durch die Kosten des Krieges erhöht wird. Auch bei den US-Staatsanleihen ist nach einer gewissen Rallye wieder mit einer Gegenbewegung aufgrund der schwachen Konjunktur zu rechnen.

Der starke Konjunkturpessimismus, der in den USA bereits im Herbst seine Wirkung auf die Finanzmärkte entfaltete, wirkte im Euroraum erst etwas später. So konnten die US-Aktienmärkte gegenüber dem Crash 2002 inzwischen wieder über 10 % zulegen, die europäischen Märkte, allen voran der deutsche Aktienmarkt, fiel im ersten Quartal sogar nochmals unter die Tiefstände des vergangenen Jahres und liegt

heute etwa auf deren Niveau. Der schwachen Wirtschaft Rechnung tragend senkte auch die EZB im ersten Quartal erwartungsgemäß ihre Zinsen, allerdings lediglich um 25 Basispunkte. Entsprechend diesem Konjunkturbild gingen auch die Renditen für Staatsanleihen im Euroraum nochmals zurück. Angesichts der Konjunkturlage könnte es zu einer nochmaligen Zinssenkung der EZB kommen, die langfristigen Zinsen werden, nach einer kurzen Kriegsenderallye, wieder etwas zurückgehen.

Der Euro ist und wird in den nächsten Monaten durch die anhaltend hohen Leistungsbilanzdefizite und schwachen US-Märkte beeinflusst. Nach dem Ende des Krieges und der damit verbundenen kurzfristigen Rallye an den US-Märkten wird er seinen Anstieg gegenüber dem USD fortsetzen. ■

Zinssätze Euroraum



— 3-Monats-Euribor — 10-jährige Staatsanleihen

Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

USD per Euro



— USD per Euro

Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Asien als Chance für westliche Unternehmen

Asien wird in Zukunft ein wesentlicher Faktor des Weltwirtschaftswachstums sein. Die größte Bedeutung wird seit langem China zugesprochen. Der Grund liegt darin, dass eine Bevölkerung von mehr als einer Milliarde Menschen bei entsprechender Zunahme des Einkommens in Zukunft eine enorme Kaufkraft darstellen wird.

Darauf spekulieren auch viele Unternehmen aus den USA und Europa, die aus diesem Motiv seit Jahren in China investieren. So sind beispielsweise die Direktinvestitionen in China von 2,3 Milliarden US-Dollar pro Jahr in den achtziger Jahren auf derzeit über 40 Milliarden pro Jahr angestiegen.

Insbesondere seit China 2001 der Welthandelsorganisation WTO beigetreten ist und dadurch einige Handelsbarrieren beseitigt wurden, profitierte China von starken Zugewinnen bei ausländischen Direktinvestitionen. Diese waren bislang auch dafür verantwortlich, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) überdurchschnittlich stark anstieg. Das BIP-Wachstum soll 2003 in China 7,5 % betragen. Aber auch andere asiatische Länder wiesen in den letzten Jahren ein hohes Wirtschaftswachstum auf. Insbesondere Malaysia und Südkorea gelten neben China als Lokomotiven der zunehmenden wirtschaftlichen Aktivität. Auch die Philippinen und

Thailand weisen nach der Asien-Krise im Jahr 1997 wieder erhöhte BIP-Wachstumsraten auf.

Getragen wird die Erholung der asiatischen Wirtschaftsentwicklung unter anderem von einer zunehmenden Industrieproduktion, die bekanntlich ein Spiegelbild jeder Wirtschaftsleistung ist. Die Industrieproduktion legt in einigen asiatischen Ländern mit zweistelligen Wachstumsraten zu.

Die Rolle Japans

Anders als andere asiatische Länder hat das Wirtschaftswachstum in Japan in den letzten Jahren eher stagniert. Das Hauptproblem in Japan ist immer noch die deflationäre Entwicklung, die den privaten Konsum hemmt und so ein Wachstum sehr schwierig gestaltet. Dieses war aber in den beiden ver-

gangenen Quartalen zumindest positiv und lässt die Hoffnung aufkommen, dass das Jahr 2003 insgesamt ein positives Jahr hinsichtlich des Wirtschaftswachstums bringt.

Dazu beitragen könnten auch die Exporte nach Asien. Derzeit schätzt man, dass 40 % der gesamten japanischen Exporte nach Asien gehen, davon ein Viertel nach China. Somit stellen die Exporte nach China 10 % der Gesamtexporte Japans dar. Damit verbunden ist eine andere wichtige Komponente für die japanische Konjunktur, nämlich die Entwicklung des Yen. Diese gestaltet sich im Moment allerdings nicht unbedingt nach den Wünschen der Japaner. Zwar verliert der Yen seit einigen Monaten gegenüber dem Euro an Wert und erhöht so die Wettbewerbsfähigkeit von japanischen Gütern am euro-

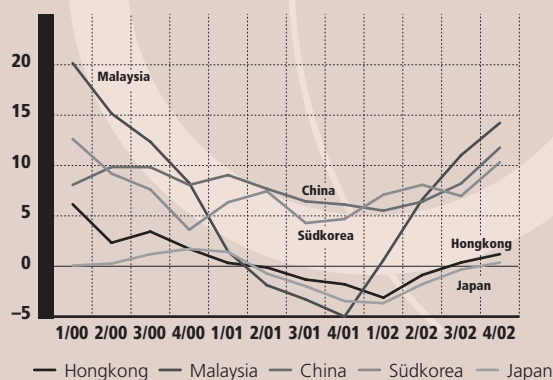
päischen Markt. Gegenüber dem US-Dollar aber legte die japanische Währung in den letzten Monaten zu. Damit werden Waren aus Japan in den USA sogar teurer und verlieren somit an Wettbewerbsfähigkeit. Wenn man das Volumen der Exporte betrachtet, dass weniger als 15 % aller Exporte nach Europa gehen, aber über 30 % in die USA, kann man erkennen, dass ein schwacher Yen gegenüber dem Dollar für Japan wünschenswerter wäre als ein schwacher Yen vs. dem Euro.

Der Einfluss Chinas

Obwohl China von allen asiatischen Staaten in den letzten Jahren in Bezug auf Wirtschaftswachstum und Industrieproduktion am stärksten zugelegt hat, ging das nicht notwendigerweise auf Kosten anderer asiatischer Länder. Im Gegenteil kann man sogar einen positiven Einfluss Chinas auf die ganze asiatische Region erkennen. Einerseits sind Chinas Importe aus Asien stark angestiegen, andererseits entwickelt sich China zu einem der Hauptinvestoren in der Region. Somit steigen sowohl die ausländischen Direktinvestitionen in China an, zur gleichen Zeit erhöhen sich aber auch chinesische Direktinvestitionen im restlichen Asien. Die erhöhten Importe sind vor allem darauf zurückzuführen, dass ein steigendes Einkommen die Entstehung eines relativ kaufkräftigen Mittelstandes herbeigeführt hat.

Wirtschaftswachstum in Asien

(gegenüber Vorjahr in %)



Quelle: Datastream

Hauptprofiteure

Welche Unternehmen bzw. Sektoren profitieren nun vom Aufstieg Chinas und der anderen asiatischen Länder? Das vorhin beschriebene gestiegene Einkommen ist naturgemäß die Hauptüberlegung vieler Unternehmen, ihre Konsumgüter auch in Asien verkaufen zu wollen. Das sind z. B. Autoproduzenten, Nahrungsmittel- und Getränkehersteller oder Unternehmen, die Haushalts- und Kosmetikartikel fabrizieren. Aber auch Industrie- oder Finanzunternehmen setzen verstärkt darauf, ihre Waren in Asien abzusetzen. Zum anderen verlagern aber auch viele westliche Unternehmen ihre Produktion nach Asien, um von den dort weit niedrigeren Lohnkosten zu profitieren.

Die wieder anspringende asiatische Wirtschaftsleistung ist vor allem auch ein Wachstumsmotor bzw. eine Ergebnisstütze für viele europäische und amerikanische Unternehmen. Im Zuge der in Europa und den USA in den letzten Wochen erfolgten Präsentationen der Unternehmensergebnisse für das abgelaufene Jahr 2002 wiesen viele Unternehmen vor allem im Konsumgüter- und Industriebereich auf das starke Geschäft in Asien. Auch für einzelne Finanzdienstleister waren die in Asien erzielten Gewinne ein wichtiger Beitrag zum Gesamtergebnis.

3M

Das Industriekonglomerat 3M etwa, dessen Produktpalette eine der diversifiziertesten aller Unternehmen ist (Klebebänder, Schleifpapier, Gasmasken, Reflektoren usw.), konnte sich im letzten Jahr besonders auf die gute Entwicklung der Geschäftstätigkeit in Asien stützen. Das Unternehmen erwirtschaftet bereits ca. 18 % seines Umsatzes und knapp

30 % des operativen Gewinnes in Asien. Der asiatische Markt wird entgegen der Strategien anderer Konzerne zum größten Teil durch Exporte aus den USA bewirtschaftet und kaum durch lokale Produktion. In den Unternehmensergebnissen im vierten Quartal letzten Jahres wurde der asiatische Wachstumsbeitrag offensichtlich. Der weltweite Umsatz von 3M stieg um 7 %, der Umsatz in Asien exklusive Japan um 29 % und jener in Japan um 22 %.

General Electric

Auch General Electric konnte sich zuletzt auf das Asiengeschäft stützen. Der in Asien erzielte Umsatz beträgt ca. 20 % des Gesamtumsatzes und Asien ist jene Region, die vor allem bei den konjunktursensitiven Bereichen die höchste Wachstumsrate aufweist. Eine der oberen Prioritäten von General Electric ist gegenwärtig die Ausweitung der Aktivitäten in China. Einerseits als Absatzmarkt, andererseits als günstige Produktionsstätte. Der Aktienkurs von General Electric wies im Vorjahr einen Rückgang um 40 % auf und ist besonders von der schwachen Konjunktur-entwicklung in den USA und Europa betroffen. Neben der Konjunkturschwäche beeinträchtigten vor allem die Verluste in der Rückversicherungseinheit sowie die schleppende Entwicklung in der zivilen Luftfahrt und die Überkapazitäten am amerikanischen Energiemarkt das Ergebnis. Gerade die Energiesparte konnte jedoch außerhalb der USA eine deutlich bessere Entwicklung als in den Vereinigten Staaten aufweisen.

FedEx

Nicht nur als zukünftiger Wachstumsmarkt, sondern aufgrund der Tatsache, dass

bereits in den letzten Quartalen die geschäftlichen Aktivitäten in Asien hauptverantwortlich für sehr gute Unternehmensergebnisse waren, ist der asiatische Markt für das weltweit tätige Transport- und Logistikunternehmen FedEx von hoher Bedeutung. Der beträchtliche Anstieg des Nettogewinnes war zum größten Teil auf Zuwächse im LKW-Frachtverkehr und vor allem der internationalen Transporte zurückzuführen. Die eigene Transportfluglinie FedEx Express wies im dritten Quartal des Vorjahres in Asien ein Umsatzwachstum von 26 % auf und war auch im vierten Quartal ein Gewinnbringer für das Unternehmen. In den USA und Europa zeigt das Express-Geschäft dagegen durch die schleppende wirtschaftliche Entwicklung, in der günstigere Transportmöglichkeiten bevorzugt werden, nur eine stagnierende Umsatzentwicklung.

Volkswagen

Auch für Volkswagen ist China ein wichtiger Absatzmarkt geworden. Das Unternehmen war einer der ersten westlichen Hersteller, der im Reich der Mitte zu produzieren begann und dadurch frühzeitig viel Erfahrung sammeln konnte. Derzeit scheint es so zu sein, als ob in diesem Jahr vor allem das China-Geschäft boomen wird. Die Frage ist, ob dieses nach der Gewinnwarnung im März ausreicht, um die Rückgänge in anderen Sparten wettzumachen. Im Jahr 2002 steigerte Volkswagen seine Absatzzahlen in China um 42,8 % auf über 500.000 verkaufte Fahrzeuge und konnte damit seine langjährige führende Position ausbauen. Weltweit verkauft VW knapp fünf Millionen Autos, womit der Absatz in China bereits 10 % des weltweiten Verkaufs ausmacht.

Bis 2007 will man diese Zahl sogar auf eine Million steigern.

Prudential

Vor wenigen Wochen zeigte sich auch für den Finanzsektor, am Beispiel der britischen Versicherung Prudential, die Wichtigkeit Asiens als Absatzmarkt. Trotz des schwierigen Umfeldes für Lebensversicherungen stieg der in diesem Segment erwirtschaftete Umsatz um 9 % auf GBP 1,9 Mrd. Dies wiederum durch die positive Entwicklung in Asien. Lebensversicherer sind von der Aktienmarktschwäche gegenwärtig besonders betroffen. Einerseits werden dem Kunden Leistungen garantiert, andererseits ist es momentan schwierig, durch sinkende Aktienkurse und niedrige Anleihenrenditen die entsprechenden Gewinne zu erzielen. Prudential gab bekannt, die Aktivitäten in Asien weiter ausweiten zu wollen. Kontinentaleuropa ist für die britische Versicherung nahezu bedeutungslos. Letztes Jahr wurden zudem die Einheiten in Deutschland verkauft.

All diese Beispiele zeigen, dass der asiatische Markt für europäische und amerikanische Unternehmen besonders in Zeiten eines schwachen heimischen Wachstums sehr interessant geworden ist. Vor allem wenn die Zuwachsraten zu Hause stagnieren, kann man mit hohem, zweistelligem Wachstum, wie man es in einigen asiatischen Ländern sieht, seine Zahlen insgesamt verbessern. Somit stützt ein Exposure in diesen Ländern die Entwicklung der oben genannten Unternehmen, ist aber noch kein Garant für eine insgesamt positive Entwicklung. Dazu ist der Anteil des Asiengeschäftes in der Gesamtbilanz durchwegs noch zu gering. ■

Stabilitäts- und Wachstumspakt in MOE

„Zwangsjacke“ für Wachstum?

Die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in MOE würde die wirtschaftliche Entwicklung in MOE negativ beeinträchtigen. Die Besonderheiten des Aufholprozesses und die geringe Verschuldung MOEs lassen einer flexiblen „Interpretation“ des Paktes genügend Raum, ohne die Stabilität des gesamten Euroraumes zu gefährden.

Die Bedeutung der höheren Inflation im Aufholprozess der Länder Mittelost-

europas ist weitgehend bekannt. Das Absenken der Inflation auf maximal 1,5 Prozentpunkte über den drei preisstabilsten Euroländern dürfte daher ohne wachstumshemmende Maßnahmen auf Dauer nicht möglich sein. Alleine der Balassa-Samuelson-Effekt dürfte bis zu 3 Prozentpunkte betragen^{1, 2}.

Maßnahmen, die die Inflation im Kontext des Aufholprozesses senken könnten, sind eine stark restriktive Geldpolitik verbunden

mit einer Aufwertung – allerdings durch die Mitgliedschaft im Wechselkursmechanismus II beschränkt – und/oder eine sehr restriktive Fiskalpolitik. Die Wirkung der Geldpolitik via Zinsen ist jedoch aufgrund des geringen Monetarisierungsgrades beschränkt. Umso stärker müsste die Wirkung der Fiskalpolitik ausfallen.

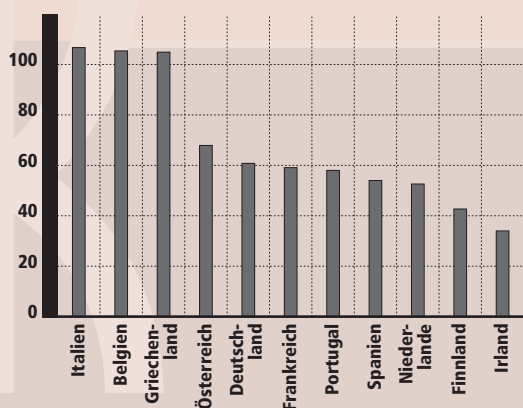
Einer restriktiven Fiskalpolitik kommt damit eine sehr große Bedeutung zu. Die Reduktion der Defizite

könnte damit schon vor der Euromitgliedschaft über das Ziel von 3 % hinausgehen. Welche starken Bremssspuren die kollektiv restriktive Fiskalpolitik im Vorfeld der Euroeinführung hatte, zeigt sich an der „Fast Rezession“ 1997, als die Euroländer ihre Salden der öffentlichen Haushalte um 4,5 Prozentpunkte von 5,8 % (1993) auf 1,3 % (1998) reduzierten und das Wachstum in dieser Phase mit rund 2 % p.a. deutlich hinter den USA mit 3,7 % p.a. blieb.

- 1) Halpern, László and Charles Wyplosz. (2001) kommen ebenfalls auf rund 3 Prozentpunkte pro Jahr („Halpern, László and Charles Wyplosz. 2001: Economic Transformation and Real Exchange Rates in the 2000s: The Balassa-Samuelson Connection“. United Nations Economic Commission for Europe: Economic Survey of Europe, 2001, No. 1. Chapter 6. Geneva.).
- 2) Andere Studien kommen auf Werte zwischen 1% und 2,6%; siehe: Deutsche Bundesbank. 2001: „Währungspolitische Aspekte der EU-Erweiterung“. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank. Oktober 2001. Frankfurt

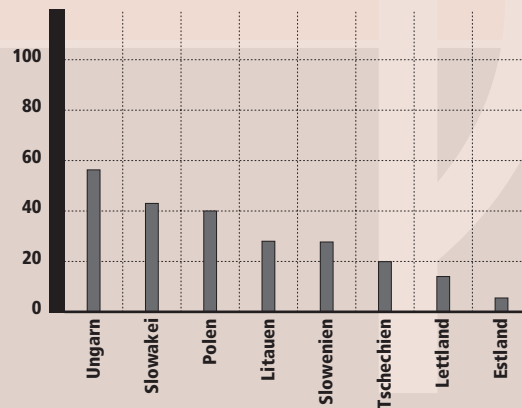
Öffentliche Schuld im Euroraum

(in % des BIP, 2002)



Öffentliche Schuld EU-Mitglieder aus MOE

(in % des BIP, 2002)



Quelle: HVB Research, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Stabilitäts- und Wachstumspakt

Mehr noch als die Erfüllung der Maastrichtkriterien wird die Erfüllung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes Auswirkungen auf die MOEL haben. Nicht nur, dass er anhaltend gilt, er ist mit einer Zielvorgabe von Null (konjunkturneutral) noch restriktiver.

Angesichts der niedrigen Verschuldung der MOE-Länder (rund 37 % des BIP 2002) und einem – zumindest nach der Anpassungsdelle für die Maastrichtkriterien – höheren realen Wachstum (Aufholprozess) und höherer Inflation (Balassa-Samuelson-Effekt) bedeutet dies einen Rückgang der öffentlichen Verschuldung in MOE auf unter 30 % des BIP bis 2006 – unter der Annahme, der Stabilitäts- und Wachstumspakt wird ab 2004 erfüllt – und unter 20 % bis 2011. In den Euroländern ginge die Verschuldung in diesem (theore-

tischen) Szenario von rund 70 % heute auf 60 % 2006 und auf 47 % 2011 zurück.

Auch wenn natürlich diese restriktive Annahme in der Realität nicht eintritt, ist sie doch die Vorgabe für die Politik. Angesichts der Tatsache, dass die Länder MOEs enormen Bedarf an – zum Teil nur öffentlich finanzierbarer – Infrastruktur und einen im Vergleich zu den heutigen Euroländern unterentwickelten Sozialstaat haben, werden diese Vorgaben entweder das Wachstum hemmen und/oder zu sozialen Spannungen führen. Eine spürbare Erhöhung der Steuereinnahmen dürfte jedoch politisch schwieriger durchsetzbar sein als auf Ausgaben im Infrastrukturbereich zu verzichten, was die mittelfristigen Wachstumspotenziale dämpfen wird³.

Damit wird die Mitgliedschaft der MOE-Länder natürlich eine Belastung für

die weitere ökonomische Entwicklung. Unter strikter Einhaltung von Stabilitäts- und Wachstumspakt sind sicherlich negative Impulse zu erwarten, die gegen die positiven durch die Stabilisierung im Euroraum abzuwägen sind.

Maastrichtvertrag und Stabilitäts- und Wachstumspakt für MOE sinnvoll?

Sowohl über die Sinnhaftigkeit der Maastrichtkriterien als vielleicht noch mehr über jene des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist sehr viel geschrieben worden. Die Diskussion hat zumindest schon einen gewissen Erfolg dahingehend gezeitigt, dass zukünftig auf konjunkturneutrale Budgets stärker abgestellt wird.

Für das Problem der MOE-Länder bringt dies nur wenig Entlastung. Vielmehr sollte im Rahmen der – in jedem Fall notwendigen –

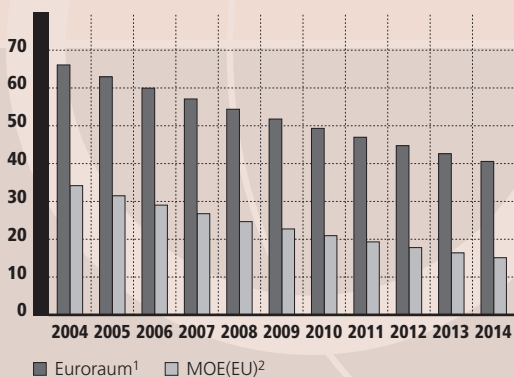
Interpretation der Verträge auf ökonomisch sinnvolle Einschränkungen Rücksicht genommen werden. So ist der Vertrag von Maastricht gemacht worden, als nicht klar war, welche Länder teilnehmen werden. Daher wurde beim Inflationskriterium auf die drei preisstabilsten Länder abgestellt. Es erscheint jedoch nicht sinnvoll, neu zum Euro beitretende Länder ebenfalls an den drei preisstabilsten zu messen, sondern am Durchschnitt. So liegt das Maastrichtkriterium für 2002 bei 1,5 % + 1,5 % d.h. 3,0 %, was 2002 immerhin von fünf derzeitigen Euroländern (Spanien, Niederlande, Portugal, Griechenland und Irland) nicht erfüllt wurde. Der Durchschnitt des gesamten Euroraums lag 2002 bei 2,2 % (das Maastrichtkriterium damit bei 3,7 %, was Spanien, Niederlande und Portugal erfüllten).

Dies zeigt, dass Adaptionen in jedem Fall notwendig

3) Wagner, Helmut. 2002. „Pitfalls in the European Enlargement Process – Financial Instability and Real Divergence“. Discussion paper 06/02 Economic Research Center of the Deutsche Bundesbank. Frankfurt

Öffentliche Schuld in % des BIP

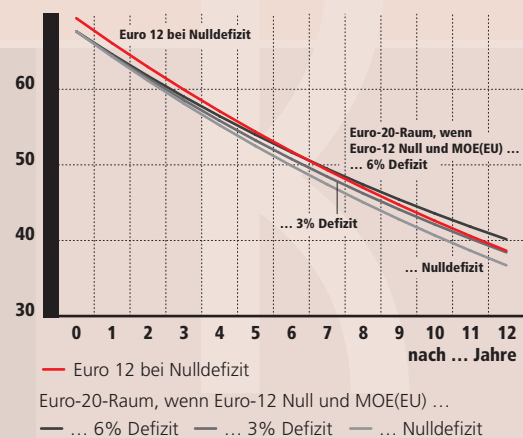
unter den Annahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes



Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft / 1) Annahme: Nulldefizit, nom. Wachstum 5% (Potenzialwachstum plus EZB-Inflationsziel) / 2) Annahme: Nulldefizit, nom. Wachstum 8,5% (reales Wachstum gem. Ann. EU-Komm. und Inflation 2% plus Balassa-Samuelson-Eff.)

Öffentliche Schuld im Euro-20-Raum

(in % des BIP)



Quelle: Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

sind, eine Einhaltung „auf Punkt und Komma“ nicht sinnvoll erscheint.

In diesem Zusammenhang könnte auch die allgemein anerkannte Besonderheit der Länder MOEs im Aufholprozess (etwa der Balassa-Samuelson-Effekt) bei der Prüfung der Maastrichtkriterien eine gewisse Berücksichtigung finden.

Auch wenn dies politisch schwierig sein wird, dürfte es noch leichter sein als eine Adaption hinsichtlich des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, dessen Einhaltung wahrscheinlich den größten negativen Effekt auf die MOEL hätte.

Neben der geringen Bedeutung der MOE-Länder für die gesamte Euroregion ist dabei auch zu berücksichtigen, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt seine Wurzeln in der Regel eines maximal 3 %-Defizits aus dem Vertrag von Maastricht hat. Betrachtet man den Entstehungsprozess von Maastrichtvertrag und Stabilitäts- und Wachstumspakt und die darin enthaltene Vorgabe eines maximalen Defizits von 3 % bei schwacher Konjunktur und 0 % bei normaler Konjunktur, drängt sich eine Adaption für die Länder der MOE-Region förmlich auf.

Diese 3 % wurden unter der Annahme gemacht, dass bei einem nominellen Wachstum von 5 % (etwa Durchschnitt der 90er Jahre für die EU) und einem Defizit von 3 % des BIP die Verschuldung in % des BIP – unabhängig von der Ausgangshöhe – mittelfristig auf 60 % konvergiert. Die 60 % entstanden

dabei weniger aus ökonomischen Überlegungen als aus der simplen Tatsache, dass 60 % dem damaligen EU-Durchschnitt entsprachen.

Unter den deutlich restriktiveren Annahmen eines Nulldefizits über den Konjunkturzyklus, wie im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehen, sinkt die öffentliche Schuld im Euroraum in zehn Jahren auf 43 %, mehr als die MOE-Länder heute aufweisen (37 %). Die MOE-Länder, die real als auch nominell schneller als die Euroländer wachsen, würden im selben Zeitraum bei einem Nulldefizit auf eine öffentliche Verschuldung von 16 % fallen. Würden den MOE-Ländern ein Defizit von 3 % erlaubt (im Durchschnitt über den Konjunkturzyklus) würde die Schuldenquote immer noch fallen (auf rund 36 %) und unter den Wert des Euroraumes bei Einhaltung des Nulldefizits zu liegen kommen.

Dies könnte eine etwas weitere Interpretation des Stabilitäts- und Wachstumspaktes für die MOE-Länder rechtfertigen. Die heute geringere Verschuldung, das stärkere Wachstum und die geringe Bedeutung der MOE-Länder für den Eurodurchschnitt sind wesentliche Argumente. Auch die Europäische Kommission bestätigt die Besonderheit der MOEL: „Eine Gruppe von Kandidatenländern – insbesondere die zehn Mittel- und Osteuropäischen Länder (MOEL) – ist im Vorfeld des EU-Beitritts mit gravierenden Haushaltsproblemen konfrontiert

und durchläuft anders als die anderen Beitrittskandidaten einen Transformationsprozess von der Kommando- zur Marktwirtschaft.“ Und weiter heißt es dort: „Auch bei der haushaltspolitischen Überwachung wird berücksichtigt werden müssen, dass die MOEL enorme strukturelle und institutionelle Veränderungen durchlaufen. Diese Veränderungen ergeben sich nicht nur aus dem erfolgreichen Abschluss des Übergangs von einer Kommando-

zur Marktwirtschaft, sondern auch aus den mit der EU-Mitgliedschaft verbundenen Liberalisierungseffekten, der notwendigen Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und der Verpflichtung zur Umsetzung des *acquis* der Gemeinschaft, mit den entsprechenden Anforderungen bezüglich des Aufbaus von Institutionen.“⁴

Selbst bei einem Defizit von jährlich 3 % des BIP in den MOE-Ländern würde die gesamte öffentliche Verschuldung des Euroraums (in % des BIP) erst nach zwölf Jahren den Wert ohne Erweiterung (40 %) erreichen, bis dahin immer darunter liegen. Und selbst bei 6 % öffentlichen Defizit im MOE-Durchschnitt läge die öffentliche Verschuldung erst nach fünf Jahren höher als ohne Beitritt und selbst nach zwölf Jahren lediglich um 2 Prozentpunkte höher als ohne Erweiterung.

Sollten diese Argumente jedoch kein Gehör finden, ist davon auszugehen, dass die Länder der MOE-Region, obwohl sie nur wenig die Stabi-

lität im ursprünglichen Euroraum gefährden können, negative Effekte haben werden.

Auch wenn diese negativen Effekte durch eine restriktive Fiskalpolitik aufgrund von Maastricht und Stabilitäts- und Wachstumspakt die positiven Effekte einer Euromitgliedschaft nicht aufwiegen werden, werden sie doch Wachstum und Wohlstand kosten und den Aufholprozess verlangsamen.

Besser wäre es jedoch, wenn die Entscheidungsträger in der EU (nationale Regierungen, Kommission und EZB) rechtzeitig flexible Vorgaben und Interpretationen liefern würden. Das schlechteste wäre jedoch, formal an den restriktiven Bedingungen – sowohl für Beitritt als auch danach – festzuhalten und dann, wenn nicht erfüllbar, erst Einsicht zu zeigen, was dann als „fauler Kompromiss“ politischen und ökonomischen Schaden für den Euro und die EU bedeuten würde. Beispiele hat es im Vorfeld der Euroeinführung und aktuell bei der Interpretation von Stabilitätsprogrammen genug gegeben. So bietet die jährliche Erstellung der Broad Economic Policy Guidelines, die die konkrete Umsetzung der wirtschaftspolitischen Bestimmungen beinhaltet, Raum für „Interpretationen“. So hat die EU gerade im Herbst beschlossen, die in den BEPG festgelegte Reduktion der Öffentlichen Defizite auf 0 bis 2004 aufgrund der aktuellen Konjunkturlage dahingehend zu ändern, dass nun eine Reduktion um 0,5 Prozentpunkte pro Jahr zu erfolgen hat. ■

4) Europäische Kommission, 2002. „Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament – Öffentliche Finanzen in der WWU – 2002“, 14.5.2002, Brüssel.

5) Dazu ist keine Änderung des Vertrages notwendig, dies kann auch im Rahmen der Broad Economic Policy Guidelines erfolgen. Dass der SWP mehr als nur die Erfüllung eines simples Kriteriums darstellt, belegt die Europäische Kommission zum Beispiel in ihrer „Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament – Öffentliche Finanzen in der WWU – 2002“, Europäische Kommission, 2002.

Bankenmarkt Slowakei

Vom Nachzügler zum Musterschüler?

Die Entwicklung des slowakischen Bankenmarktes trug lange Zeit den Stempel des mit Unsicherheiten behafteten makroökonomischen Umfeldes. Der Wendepunkt für den krisengeschüttelten Bankensektor kam mit dem großangelegten Konsolidierungs- und Privatisierungsprogramm in den Jahren 1999/2000.

Ähnlich anderen Reformstaaten Mittel- und Osteuropas durchläuft die Slowakei seit der politischen Wende 1989 sowie der Erlangung der Unabhängigkeit 1993 einen tief greifenden Transformationsprozess.

In den vergangenen Jahren konnte das Land sowohl auf der politischen Bühne als auch auf der wirtschaftlichen Ebene beachtliche Fortschritte verbuchen. Der Regierungswechsel 1998 brachte nicht nur Tauwetter in die politische Eiszeit, sondern auch den Willen, eine konsequente

Konsolidierung der slowakischen Wirtschaft in Angriff zu nehmen. Die Bestätigung des Reformkurses von Premier Dzurinda bei den Parlamentswahlen im Herbst 2002 brachte Kontinuität in die Regierungsarbeit, deren oberste Priorität ist, die Vorbereitungen für den bevorstehenden EU- und Nato-Beitritt zu treffen.

1998 schlitterte die Slowakei nur knapp an einer Wirtschafts- und Finanzkrise vorbei, die die Notwendigkeit der konsequenten Vorantreibung der Wirtschaftsreformen unterstrich. Trotz ermutigender Erfolge und enormer Konsolidierungsbestrebungen, warten noch wichtige Reformmaßnahmen auf ihre Umsetzung.

Nach starker Schrumpfung der Wirtschaftsleistung zu Beginn der neunziger Jahre kam die Slowakei 1994 auf den Wachstumspfad zurück. Auf kräftige Wachstumsraten von über 5 % Mitte der neunziger Jahre folgte 1999 eine temporäre Wach-

tumsverlangsamung auf 1,3 %. Die Wirtschaft erholte sich aber rasch und mit einer Zunahme der Wirtschaftsleistung von 4,4 % trotzte die Slowakei 2002 sogar der internationalen Konjunkturflaute. Obwohl 1999 die Inflationsrate erneut zweistellige Werte annahm, ist es gelungen, die Teuerungsrate in den einstelligen Bereich zurückzudrängen. Die Verbraucherpreise befinden sich seit 2000 auf behäbigem Sinkflug und lagen 2002 im Jahresdurchschnitt nur mehr 3,3 % höher als im Vorjahr.

Die Arbeitslosenrate steigt hingegen seit 1992 beständig an und erreichte 2002 im Jahresdurchschnitt den Rekordwert von 18,5 %. Probleme bereitet weiterhin auch der Staatshaushalt mit einem geschätzten Budgetdefizit von 7 % des BIP 2002. Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht ist seit Mitte der neunziger Jahre schwer gestört, was sich in erster Linie in Leistungsbilanzdefiziten von über 10 % des BIP in den Jahren 1996 bis

1998 äußerte. Die zeitweilig restriktive Wirtschaftspolitik der Dzurinda-Regierung brachte zwar eine kurzfristige Erholung in den Jahren 1999/2000, doch das Defizit weitete sich von neuem aus und erreichte 2002 8,8 % des BIP.

Bankenmarkt im Zeichen der Konsolidierung

Die Anzahl der Kreditinstitute erreichte 1995 mit 32 ihren Höhepunkt und nimmt aufgrund des sich auch noch gegenwärtig vollziehenden Restrukturierungsprozesses stetig ab. Ende des Jahres 2002 operierten somit nur mehr 20 Kreditinstitute in der Slowakei, von denen sich drei Institute in staatlicher Hand und fünfzehn in mehrheitlich ausländischem Eigentum befanden. Überdies waren zwei Filialen und acht Repräsentanzen ausländischer Kreditinstitute am slowakischen Bankenmarkt tätig.

Infolge der Konsolidierungsmaßnahmen der letzten Jahre ist auch die Anzahl der Bankfilialen deutlich zurückgegangen und kam Ende des dritten Quartals 2002 vorübergehend bei 1.081 (339 Zweigstellen, 679 Geschäftsstellen) zum Stillstand. Der slowakische Bankenmarkt ist gemessen an der Filialenanzahl somit eindeutig underbanked. Während in der Europäischen Union eine Filiale durchschnittlich 1.725 Einwohner betreut, entfallen in der Slowakei 5.300 Einwohner auf eine Zweigstelle. Ebenso ist auch die Anzahl der Bankmitarbeiter seit Jahren stark

(Tabelle 1)

Die zehn größten slowakischen Banken

(31.12.2001, Mio. EUR)

Bank	Kapitaleigner	Bilanzsumme	Jahresüberschuss
1 Slovenská Sporiteľna	Erste Bank (67,2 %), EBRD (19,9 %)	4.723	27
2 Všeobecná Úverová Banka	Comit Holding Int. (IntesaBCI) (94,5 %)	4.091	31
3 Tatra Banka	Raiffeisen Zentralbank (72,3 %)	2.615	72
4 CSOB	KBC (81,51 %), EBRD/IFC (11,8 %)	1.628	n.v.
5 UniBanka	UniCredito (74,6 %), EBRD (19,9 %)	789	3
6 HVB Bank Slovakia	BA-CA (HVB-Group) (100 %)	766	16
7 Prva Komunálna Banka	Dexia Kommunalkredit (79,0 %)	633	7
8 Ludova Banka	Österreichische Volksbanken AG (82,1 %)	622	8
9 Citibank Slovakia	Citibank (100 %)	601	12
10 Postova Banka	Staatlich	587	n.v.

Quelle: IMF, Geschäftsberichte der Banken

rückläufig und lag Ende des Jahres 2002 bereits unter der 20.000-Marke.

Der Bankensektor wird von drei ehemals staatlichen Großbanken dominiert. Marktführer ist die Slovenská Sporitelna mit einem Marktanteil von 22 %, gefolgt von der Vseobecna Úverová Banka (VUB) (18,8 %) und der Tatra Banka (12,0 %). Der Konzentrationsgrad ist im Bankensektor relativ hoch. Die drei führenden Banken hielten Ende 2001, gemessen an der Bilanzsumme, einen Marktanteil von knapp 55 %. Im Gegensatz zum Kreditgeschäft, wo ihr Marktanteil bei lediglich 40 % liegt, konnten die drei Großbanken über 60 % des Einlagengeschäfts auf sich vereinen.

Ausländische Kreditinstitute nehmen im slowakischen Bankensystem mittlerweile eine dominierende Rolle ein. Infolge der Privatisierung staatlicher Großbanken hat sich der Marktanteil ausländischer Kreditinstitute gemessen am Eigenkapital von 25,7 % 1999 auf 85,0 % im Jahre 2002 erhöht. Ihr Anteil an der Bilanzsumme des Bankensektors liegt bereits weit über 90 %. Lebhaftes Interesse am slowakischen Bankenmarkt bekunden in erster Linie österreichische Kreditinstitute, aber auch Banken aus Italien, Belgien und den USA haben das Potenzial des slowakischen Bankenmarktes erkannt.

Effizienz und Profitabilität des Bankensektors

Der Monetarisierungsgrad (Bilanzsumme in % des BIP) ist in der Slowakei im Vergleich zu anderen mittel- und osteuropäischen Reformstaaten (z. B. Ungarn 72 %, Polen 67 %) relativ hoch und lag 2002 bei 99 % des BIP. Der entsprechende Wert liegt in der Europäischen Union bei

280 %, was das Zukunftspotenzial des slowakischen Bankenmarktes erkennen lässt.

Die Ertragskraft und Rentabilität slowakischer Kreditinstitute stehen immer noch im Zeichen andauernder Re- und Umstrukturierungsbestrebungen. Die Erfolgsindikatoren haben sich seit dem Tief im Jahre 1999 zwar deutlich erholt, nichtsdestotrotz gibt es aber noch enormes Potenzial im Hinblick auf die Verbesserung der Effizienz und Profitabilität der Kreditinstitute.

Erste Schritte zur Restrukturierung des schwer angeschlagenen Bankensektors wurden mit dem großangelegten Konsolidierungsprogramm in den Jahren 1999/2000 unternommen. Die Rekapitalisierung staatlicher Kreditinstitute im Wert von 2 % des BIP 1999 sowie die Ausgliederung des Großteils der notleidenden Kredite aus den Bankbilanzen in der Höhe von 12 % des BIP 2000 und deren Ersetzung mit Staatspapieren resultierten bereits im Vorfeld der Privatisierung in einer Stärkung der Eigenkapitalbasis des Bankensektors, die sich in einer rapiden Erhöhung des Solvabilitätskoeffizienten von 6,6 % 1998 auf 22,3 % 2002 manifestierte. Infolge dieser Maßnahmen verbesserte sich auch die Profitabilität der Kreditinstitute (repräsentiert durch die Kennzahlen ROA und ROE) drastisch. Ebenso deutet auch die sinkende Zinsspanne zwischen Kredit- und Einlagenzinsen auf die Gesundung des Bankensektors hin, spiegelt aber auch den intensiveren, durch den Marktzutritt ausländischer Kreditinstitute hervorgerufenen, Wettbewerb wider.

Ein wesentliches Kriterium für die nachhaltige Gesundung des slowakischen

Bankensystems und die Verbesserung der Erfolgsindikatoren war jedoch der Rückzug des Staates aus dem Bankensektor und der Marktzutritt ausländischer Kreditinstitute, die am ehesten in der Lage sind, das zur Konsolidierung des Bankenmarktes erforderliche Finanzkapital, Know-how und Technologie bereitzustellen. Einen großen Durchbruch brachte in diesem Zusammenhang das Jahr 2001, als die Privatisierung der zwei größten slowakischen Banken, der Slovenská Sporitelna (österreichische Erste Bank – 67,2 %) und der VUB (IntesaBci – 94,5 %) über die Bühne ging.

Trotz augenscheinlicher Erfolge stellt jedoch der hohe Anteil notleidender Forderungen am gesamten Kreditvolumen ein weiterhin gewichtiges Problem dar. Obwohl der Anteil der faulen Kredite von 31,6 % 1998 auf 11,5 % 2002 deutlich zurückging, ist er immer noch einer der höchsten in Mittel- und Osteuropa. Dies impliziert Handlungsbedarf, sowohl im Hinblick auf die Effizienz der Kreditwürdigkeitsprüfung als auch die Reform des Konkursverfahrens. Die Anspruchsdurchsetzung gestaltet sich überaus kompliziert und langwierig (3–5 Jahre), was unter anderem als Erklärung für die gegenwärtige vorsichtige Kreditvergabe der Banken dient. Zudem sind 2001 verschärfte Regelungen hinsichtlich des Bankgeheimnisses in Kraft getreten, die zwar für Kunden mehr Sicherheit bieten, allerdings die Durchsetzung von Bankansprüchen maßgeblich erschweren.

Darüber hinaus ist in den vergangenen Jahren der Anteil der Unternehmenskredite am BIP drastisch zurückgegangen. Einerseits ist dies ein Resultat der Konsolidierungs-

maßnahmen, andererseits sitzt aber den ehemals staatlichen Kreditinstituten der Schock über die Krisenzeiten der nahen Vergangenheit noch tief in den Knochen, was sie zu erhöhter Vorsicht bei der Kreditvergabe zwingt. Aus diesem Grund gewannen in den letzten Jahren alternative, risikoarme Veranlagungsformen (z. B. Staatspapiere, Geschäfte am Interbankenmarkt) zunehmend an Bedeutung. Die Kredite an Haushalte steigen zwar beständig, befinden sich aber auf einem relativ niedrigem Niveau (5,42 % des BIP im September 2002). Ferner ist zu erwähnen, dass über 90 % der neu vergebenen Kredite kurzfristig orientiert sind (Laufzeit < 1 Jahr), was ein Indikator dafür ist, dass das Bankensystem eine seiner wesentlichsten Funktionen, nämlich die Fristentransformation, noch nicht in vollem Umfang erfüllt.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen

Das neue Bankgesetz, das das nicht mehr zeitgemäße Gesetz aus dem Jahre 1992 ersetzt, ist unter Berücksichtigung der Vorschläge der Weltbank und des IWF entstanden und trat mit dem 1.1.2002 in Kraft. Es stellt einen wesentlichen Schritt bei der Annäherung an EU-Standards und die Empfehlungen des Basler Ausschusses dar. Die Regulierungsvorschriften entsprechen daher weitgehend den internationalen Standards und werden oft sogar restriktiver gehandhabt.

Bei der Gründung einer Bank sind als Mindestkapital eine Mrd. slowakische Kronen (ca. EUR 11,5 Mio.) bereitzustellen. Überdies wird die Einhaltung eines Solvabilitätskoeffizienten von 8 % gefordert. Die Diversifizierungs-

vorschriften, mit deren Hilfe die Konzentration der Kreditinstitute auf einige wenige Risiken vermieden werden soll, erstrecken sich vor allem auf die Groß- bzw. Organkredite (max. 25 % bzw. 20 % des Eigenkapitals), Beteiligungen an Nichtbanken (15 % des Eigenkapitals an einer Nichtbank bzw. 60 % des Eigenkapitals als Summe aller Beteiligungen an Nichtbanken) und die offenen Währungspositionen (max. 10 % des Eigenkapitals in einer Währung, max. 25 % in allen Währungen zusammen). Die Kreditklassifizierungs- und Wertberichtigungsregeln richten sich nach der Bonität des Kreditnehmers und der Dauer der Überfälligkeit der Forderung. Demnach sind besonders erwähnte Forderungen mit 5 %, substandard mit 20 %, zweifelhafte mit 50 % und uneinbringliche Forderungen mit 100 % wertzubereichtigen.

Die Aufsicht über die Tätigkeiten der Kreditinstitute liegt gemäß dem neuen Bankgesetz im Zuständigkeitsbereich der NBS, wobei auch das Finanzministerium

eine begrenzte Aufsichtsfunktion wahrnimmt. Die Qualität der Bankenaufsicht hat sich in den letzten Jahren dank des neuen Gesetzes entscheidend verbessert. Die Eckpunkte des neuen Gesetzes im Hinblick auf die Erhöhung der Effizienz der Bankenaufsicht sind:

- ◆ die Stärkung der Nationalbank in ihrer Rolle als Aufsichtsorgan,
- ◆ die Einführung eines Maßnahmenkataloges für Bankaufseher, das Verhaltensregeln im Falle der Verletzung der Eigenkapitalvorschriften vorschreibt,
- ◆ die konsolidierte Überwachung der Kreditinstitute, um die Umgehung der Eigenkapitalvorschriften durch die Auslagerung riskanter Geschäfte aus den Bankbilanzen zu vermeiden,
- ◆ die Verbesserung der Rechnungslegungs- und Publizitätsvorschriften und ihre Annäherung an die International Accounting Standards sowie
- ◆ die Abgrenzung der Verpflichtungen und Zuständigkeiten von Aufsichtsratsmitgliedern.

Als protektives Instrument der Bankenregulierung wurde in der Slowakei im Jahre 1996 ein Einlagensicherungsinstitut ins Leben gerufen, das die Einleger im Falle der Insolvenz eines Kreditinstitutes vor dem Verlust ihrer Einlagen schützt. Das Einlagensicherungssystem wurde 2001 reformiert. Eine der wichtigsten Änderungen war die Umwandlung der vollständigen (100 %) in eine partielle (90 %) Einlagensicherung. Das Ziel dieser Maßnahme war es, Einleger vom „Moral Hazard“ abzuhalten und zur Überwachung ihrer Bank anzuregen.

Die Finanzierung des Einlagensicherungsinstitutes erfolgt über die einmalige Beitrittsgebühr in der Höhe von SKK 1.000.000 und den jährlichen (risikoabhängigen) Beiträgen der Kreditinstitute von 0,1 – 0,75 % der gesicherten Einlagen. Die Deckungsgrenze lag Ende des Jahres 2002 beim 40fachen monatlichen Durchschnittsgehalt, d.h. 370.000 SKK (ca. EUR 8.700). Ein Vergleich mit der EU-Richtlinie 94/19/EG über Einlagensicherungssysteme

macht deutlich, dass hinsichtlich des Deckungsgrades, der in der Europäischen Union EUR 20.000 beträgt, noch Anpassungsbedarf besteht.

Ausblick

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in der Slowakei bereits beachtliche Fortschritte bei der Reform des Bankensektors erzielt wurden. Die Reformen der letzten Jahre stimmen zuversichtlich, da eine solide Basis zur dynamischen Weiterentwicklung des Bankenmarktes, der über ein hohes Entwicklungspotenzial verfügt, geschaffen wurde.

Die Konsolidierung und Privatisierung des slowakischen Bankensektors kann im Wesentlichen als abgeschlossen betrachtet werden. Den lang ersehnten Durchbruch brachte das Jahr 2001, in dem die größten staatlichen Kreditinstitute erfolgreich privatisiert wurden.

Problematisch bleibt weiterhin der hohe Anteil fauler Kredite am Kreditportfolio. Die Vermeidung neuer und die Rückführung alter notleidender Kredite in einem möglichst hohem Ausmaß muss daher oberste Priorität genießen. Auch die Reformierung des Konkursverfahrens ist vonnöten, um eine rasche und effiziente Anspruchsdurchsetzung zu gewährleisten. Überdies ist die weitere Anpassung der Rechnungslegungsvorschriften erforderlich. Der Umstieg auf die IAS ist für 2004 geplant.

Die wichtigsten Zukunftsthemen im Hinblick auf die Weiterentwicklung des slowakischen Bankensystems umfassen unter anderem die weitere Konvergenz zu den EU-Standards, die Vorbereitung auf und die Implementierung von Basel II sowie die Stärkung der Bankenaufsicht. ■

(Tabelle 2)

Der slowakische Bankenmarkt im Überblick¹

	1998	1999	2000	2001	2002 ²
Anzahl der Banken	26	25	23	21	20
Anzahl der Bankfilialen	n.v.	1.229	1.101	1.052	1.018
Anzahl der Bankmitarbeiter	23.905	23.171	22.332	21.324	20.043
Return on Assets (ROA)	-0,48	-2,34	1,47	1,01	2,61
Return on Equity (ROE)	-13,4	-36,5	25,2	22,7	n.v.
Solvabilitätskoeffizient (%)	6,6	12,6	12,5	19,8	22,3
Notleidende Kredite (% des Kreditportfolios)	31,6	23,7	15,3	14,0	11,5
Spread (Differenz zw. Kredit- und Einlagenzins)	4,92	6,7	6,44	4,78	3,77
Unternehmenskredite (in % des BIP)	46,9	44,1	39,3	27,6	24,7
Monetarisierungsgrad (Bankaktiva/BIP, %)	100,3	88,4	91,8	93,7	95,5
Konzentrationsgrad (C3 – Kredite, %)	44,4	48,9	51,1	40,0	n.v.
Konzentrationsgrad (C3 – Einlagen, %)	48,8	51,7	52,8	60,0	n.v.
Konzentrationsgrad (C3 – Bilanzsumme, %)	47,8	49,9	52,2	54,6	n.v.
Marktanteil ausländischer Banken (Kapital, %)	40,0	25,7	29,3	79,3	85,0
Marktanteil ausländischer Banken (Bilanzsumme, %)	34,2	34,1	44,7	90,1	n.v.

Quelle: NBS, IMF, Bank Austria Creditanstalt eigene Berechnungen / 1) Alle Angaben ohne Konsolidacna Banka / 2) 30.09.2002

Bewegte Zeiten

Die letzten Vorbereitungen auf die Erweiterung

Die EU bereitet sich auf die größte Erweiterung ihrer Geschichte vor. So erfolgen die Vorbereitungen zur Unterzeichnung des Beitrittsvertrages am 16. April und in den Kandidatenländern finden die ersten Abstimmungen statt. Der seit 1. Februar 2003 in Kraft getretene Vertrag von Nizza ist dabei etwas in den Hintergrund gerückt.

Die Europäische Union hat sich seit Gründung der Montanunion 1951 wesentlich verändert. Nicht nur ist die Anzahl der Mitglieder von 6 auf derzeit 15 gestiegen, auch die Aufgaben sind vielfältiger geworden. Die Abläufe müssen den veränderten Bedingungen, speziell in Hinblick auf die nächstes Jahr stattfindende Erweiterung um zehn Staaten angepasst werden. Einer der wesentlichsten Punkte ist die weitgehende Einführung von Mehrheitsbeschlüssen. War man lange Jahre hindurch bemüht, durch Einstimmigkeit keinen Mitgliedsstaat zu überstimmen, so hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass für eine funktionierende Gemeinschaft Mehrheitsbeschlüsse unumgänglich sind. Es wurden daher für rund 30 Vertragsbestimmungen Mehrheitsbeschlüsse ermöglicht. Es gibt aber weiterhin Bereiche, für die derzeit Einstimmigkeit erforderlich ist; so z. B. bei Regelungen des Struktur- und Kohä-

sionsfonds oder Visa, Asyl, Einwanderung.

Ein Kommissar je Land

In Hinblick auf die 2004 stattfindende Erweiterung der Union wurden die Stimmverhältnisse in den EU-Institutionen geändert. In der Kommission werden alle Länder nur mehr mit einem Kommissar vertreten sein, das heißt, dass Deutschland,

Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien auf ihren zweiten Kommissar verzichten müssen. Diese Regelung gilt solange, als die Union nicht mehr als 27 Mitglieder umfasst. Übersteigt die Mitgliederzahl diesen Wert, so kommt es zu einer gleichmäßigen Rotation der Mitglieder. Mit dem Beitritt zur Union mit 1. Mai 2004 wird jedes neue Mitgliedsland

auch einen Vertreter in die Kommission entsenden. Um eine Neuverteilung der Aufgaben vorzunehmen, wurde beschlossen, dass die Kommission frühzeitig zurücktritt und im November 2004 eine neue ernannt wird. Gleichzeitig findet auch der neue Bestellungsmodus Anwendung. Der Kommissionspräsident wird vom Europäischen Rat, also den Staats- und Re-

	EU-25						
	Bevölkerung 2002	Kommission		Parlament		Ratsstimmen	
		derzeit	ab 2004	derzeit	ab 2004	derzeit	ab 2004
Deutschland	82,2	2	1	99	99	10	29
Frankreich	58,7	2	1	87	78	10	29
Großbritannien	59,6	2	1	87	78	10	29
Italien	57,7	2	1	87	78	10	29
Spanien	39,4	2	1	64	54	8	27
Belgien	10,2	1	1	25	24	5	12
Dänemark	5,3	1	1	16	14	3	7
Finnland	5,2	1	1	16	14	3	7
Griechenland	10,5	1	1	25	24	5	12
Irland	3,8	1	1	15	13	3	7
Luxemburg	0,4	1	1	6	6	2	4
Niederlande	15,9	1	1	31	27	5	13
Österreich	8,1	1	1	21	18	4	10
Portugal	10,0	1	1	25	24	5	12
Schweden	8,9	1	1	22	19	4	10
Estland	1,4		1		6		4
Lettland	2,4		1		9		4
Litauen	3,7		1		13		7
Malta	0,4		1		5		3
Polen	38,7		1		54		27
Slowakei	5,4		1		14		7
Slowenien	2,0		1		7		4
Tschechien	10,3		1		24		12
Ungarn	10,0		1		24		12
Zypern	0,8		1		6		4
Gesamt	451,0	20	25	626	732	87	321

Quelle: EU-Kommission, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

gierungschefs, mit qualifizierter Mehrheit – früher mit Einstimmigkeit – ernannt, nach Zustimmung durch das Europäische Parlament. Er entscheidet auch über die interne Organisation und weist den Kommissaren ihre Ressorts zu. Die Kommissare werden von den einzelnen Ländern vorgeschlagen, die Abstimmung erfolgt wiederum im Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit.

Europäisches Parlament weiter aufgewertet

Das Europäische Parlament, das seit 1979 die einzige direkte Mitsprachemöglichkeit in der EU bietet, wird durch den Vertrag von Nizza weiter aufgewertet. In Hinblick auf die neuen Mitglieder kommt es auch im Europäischen Parlament zu einer Erhöhung der Abgeordnetenanzahl. Die Höchstzahl steigt auf 727 Abgeordnete. Dabei sinkt die Zahl der Abgeordneten aus den derzeitigen Mitgliedsländern von 626 auf 535. Auch Österreich ist davon betroffen und wird ab 2004 nur mehr 18 statt 21 Mitglieder stellen.

Den neuen Mitgliedern die Teilnahme an den im Juni 2004 stattfindenden Wahlen zu ermöglichen war ein wesentliches Motiv für den Beitrittstermin 1. Mai 2004. Damit soll den neuen Unionsbürgern die Möglichkeit geboten werden, in den alle fünf Jahren stattfindenden Wahlen ihre Vertreter zu entsenden.

Die Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments wurden erweitert, so kann es nun eine Nichtigkeitsklage einbringen, ohne ein besonderes Interesse und ohne ein Gutachten des Gerichtshofes über die Vereinbarkeit eines geplanten Abkommens mit dem Vertrag einholen zu müssen.

Das Zusammenspiel der einzelnen Organe der EU ist immer wieder Belastungen ausgesetzt. Die Kompetenz des Europäischen Parlaments in Budgetfragen hat jetzt zu einer Verstimmung mit dem Rat geführt. Denn beim Gipfel in Kopenhagen wurde der finanzielle Rahmen vom Europäischen Rat festgelegt, ohne sich mit dem EP zu verständigen. Dies widerspricht jedoch dem zwischen Parlament und Rat geschlossenen Abkommen über den finanziellen Ausblick im Zuge der Erweiterung. Aus diesem Grund hat das EP Mitte März die Abstimmung über den Beitrittsvertrag nicht auf die Agenda für den 9. April gesetzt. Die Zustimmung des EP ist aber eine Voraussetzung für die Unterzeichnung des Beitrittsvertrages Mitte April durch die Staats- und Regierungschefs der EU.

Der Abstimmungsreigen in den Beitrittsländern startete mit Malta und Slowenien. In Malta ist es zu dem erwarteten knappen Abstimmungsergebnis gekommen. Aufgrund des positiven Ausgangs erhofft sich die maltesische Regierung eine Zustimmung zu

ihrer Regierungsarbeit und hat für April Neuwahlen angesetzt. Die Opposition hat bekannt gegeben, dass sie im Falle eines Wahlsieges gegen einen EU-Beitritt stimmen wird. Dies ist möglich, da das Referendum nicht bindend ist. Die Abstimmung in Slowenien hat mit einer Zustimmung von 90 % die hohen Erwartungen noch übertroffen. Die nächste Abstimmung findet am 12.4. in Ungarn statt, danach erfolgt die Unterzeichnung des Beitrittsvertrages am 16.4. durch die derzeitigen EU-Mitglieder.

Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen

Der Blick auf die derzeit laufenden EU-Referenden darf nicht davon ablenken, dass bei den Verhandlungen von den Beitrittskandidaten zahlreiche Verpflichtungen eingegangen wurden, die nun auch umgesetzt werden müssen. Dies bezieht sich auf die wirtschaftlichen und besitzstandbezogenen Kriterien. Denn die Um- und Durchsetzung des *acquis communautaire* ist noch nicht erfüllt. Hier werden die künftigen Mitgliedsländer von der EU

weiterhin sowohl finanziell als auch personell massiv unterstützt. Die EU-Kommission erstellt deshalb im Rahmen des Monitoring-Prozesses, der sich zwischen Verhandlungsende und dem Beitritt erstreckt, Berichte, um den Fortschritt zu überprüfen und die neuen Mitglieder auf ihrem Weg zu unterstützen. Am 11. März hat die Kommission einen Report angenommen, in dem die künftigen Mitglieder – mit Ausnahme Sloweniens – darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie hinter den gemachten Beitrittsverpflichtungen zurückbleiben. Der nächste Bericht wird Mitte Mai erstellt, der letzte im November, sechs Monate vor dem Beitritt. Dieser wird im Rat und im Europäischen Parlament diskutiert. Der Beitrittsvertrag enthält drei Sicherheitsklauseln: eine allgemein wirtschaftliche, eine spezifisch auf den Binnenmarkt gerichtete und eine für Justiz und Inneres. Schutzmaßnahmen können unter diesen Titeln bis zu drei Jahre nach dem Beitritt ergriffen werden, und können auch danach in Kraft bleiben.

Weitere Schritte

Die EU-Kommission hat am 19. Februar eine positive Stellungnahme zum Beitritt von zehn Bewerberländern gegeben. Dies ist ein wichtiger Schritt zur offiziellen Unterzeichnung des Beitrittsvertrags. Laut Artikel 49 des EU-Vertrages entscheidet der Rat über den Beitritt eines Kandidatenlandes nach Konsultation der EU-Kommission und nach Zustimmung durch das Europäische Parlament, die mit 9. April erfolgt. Eine Woche später, am 16. April 2003 soll die feierliche Unterzeichnung durch die Staats- und Regierungschefs der fünfzehn derzeitigen Mitglieder erfolgen. ■

Wichtige Termine für EU-Beitritt		
08.03.2003	Malta	Zustimmung zum Beitritt
23.03.2003	Slowenien	Zustimmung zum Beitritt
<i>Nächste Abstimmungen:</i>		
12.04.2003	Ungarn	
16.04.2003	Unterzeichnung durch EU-15	
10. – 11.05.2003	Litauen	
16. – 17.05.2003	Slowakei	
08.06.2003	Polen	
15. – 16.06.2003	Tschechien	
14.09.2003	Estland	
20.09.2003	Lettland	
01.05.2004	Beitritt zur EU	

Quelle: EU, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Österreich

BIP/Entstehung					BIP/Verwendung				
real	1999	2000	2001	2002	real	2001	2002	2003	2004
								Prognose BA-CA	
BIP	2,7	3,5	0,7	1,0	BIP	0,7	1,0	1,2	2,1
Land- und Forstwirtschaft	3,3	-1,6	-0,7	-0,5	Privater Konsum	1,5	0,9	1,5	1,7
Sachgütererzeugung u. Bergbau	3,0	6,5	1,3	0,5	Öffentlicher Konsum	-0,5	1,3	0,5	0,3
Energie- u. Wasserversorgung	3,9	-1,6	1,7	10,0	Bruttoinvestitionen	-4,0	-4,6	3,4	4,3
Bauwesen	1,3	1,2	-4,8	0,5	Ausrüstungen	-2,9	-8,9	3,2	5,0
Handel	3,0	3,6	-0,3	1,2	Bauten	-1,5	-1,2	1,8	1,6
Beherbergungs- u. Gaststättenwesen	3,2	5,0	5,9	2,2	Exporte i.w.S	7,4	2,6	3,5	7,8
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	2,2	2,4	-0,9	0,5	Waren	7,4	5,5	3,5	6,5
Kredit- u. Versicherungswesen	-1,8	10,2	-0,5	-5,5	Reiseverkehr	5,4	4,5	1,3	2,0
Realitätenwesen	3,9	6,0	4,3	1,5	Importe i.w.S.	5,9	0,0	4,3	7,9
Öffentliche Dienste	1,9	0,8	-0,2	-0,5	Waren	4,9	-1,1	4,2	6,5
Sonstige Dienstleistungen	-0,8	2,7	0,2	0,8	Reiseverkehr	5,1	-3,4	0,5	2,0

Konjunkturindikatoren

	Sachgüter- erzeugung Vdg. z. Vj. in %	Bau- produktion ¹ Vdg. z. Vj. in %	Einzelhandels- umsatz nom. Vdg. z. Vj. in %	Über- nachtungen Vdg. z. Vj. in %	Unselbst. Beschäftigte in 1.000	Arbeitslosen- quote nat. Def., in %	VPI Vdg. in %
1998	9,0	2,2	2,6	1,5	3.076,6	0,7	7,2
1999	6,0	1,3	3,0 ²	1,6	3.107,9	1,0	0,6
2000	9,9	3,6	2,7	0,7	3.133,8	0,8	2,3
2001	0,5	-2,9	0,4	1,3	3.148,2	0,5	2,7
2002	0,3	1,4	0,6	1,4	3.055,5	-2,9	1,8
Mai 02	-0,7	-2,5	-0,5	14,1	3155,6	0,2	1,9
Juni 02	3,8	3,8	-0,7	-3,0	3181,4	0,3	1,7
Juli 02	2,0	2,5	1,7	0,0	3248,1	0,1	1,6
Aug. 02	-3,6	-3,8	0,5	0,4	3230,8	0,3	1,9
Sep. 02	2,7	2,8	0,4	2,0	3196,1	0,3	1,6
Okt. 02	-0,8	-1,2	3,6	2,1	3175,9	0,4	1,7
Nov. 02	3,3	-4,6	0,7	1,4	3154,0	0,5	1,7
Dez. 02	2,3	5,1	0,8	3,2	3116,0	0,5	1,8
Jän. 03					3104,9	1,3	1,7
Feb. 03					3115,4	1,0	1,7

1) Wert der technischen Gesamtproduktion von Hoch- und Tiefbau / 2) Neue statistische Basis

Zinsen und Währungen

	3M-Geld			10J-Benchmark			Wechselkurs ... /Euro		
	28.3. 2003	in 3 Monaten	in 12 Monaten	28.3. 2002	in 3 Monaten	in 12 Monaten	28.3. 2003	in 3 Monaten	in 12 Monaten
Österreich				4,2	4,6	4,1			
Euroland	2,5	2,3	2,0	4,1	4,5	4,0			
USA	1,3	1,5	1,6	3,9	4,7	4,5	1,07	1,05	1,15
Japan	0,06	0,10	0,10	0,8	1,0	1,3	129	128	136
UK	3,7	3,8	3,6	4,5	4,8	4,3	0,69	0,68	0,70
Schweiz	0,3	0,4	0,4	2,5	2,8	2,5	1,48	1,48	1,49

Quelle: Statistik Austria; Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

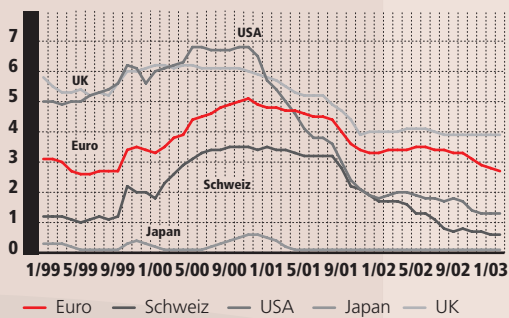
International

	BIP						VPI*					
	<i>(real, Vdg. in %)</i>						<i>(in %)</i>					
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Österreich	2,7	3,5	0,7	1,0	1,2	2,1	0,5	2,0	2,3	1,7	1,7	1,5
Deutschland	2,0	2,9	0,6	0,2	1,0	1,6	0,6	2,1	2,4	1,3	1,5	1,5
Frankreich	2,7	3,5	1,8	1,2	1,3	2,1	0,6	1,8	1,8	1,9	1,9	1,4
Italien	1,4	2,9	1,8	0,5	1,0	1,8	1,7	2,6	2,4	2,6	2,1	2,0
Euroland	2,8	3,5	1,5	0,8	1,3	2,0	1,1	2,3	2,5	2,2	2,1	1,8
USA	4,1	3,8	0,3	2,4	2,1	3,3	2,2	3,4	2,9	1,6	2,3	3,2
Japan	0,0	2,1	-0,2	0,3	0,7	0,9	-0,3	-0,6	-0,7	-0,9	-0,8	-0,5
UK	2,3	2,9	1,9	1,6	2,3	2,6	2,3	2,1	2,1	2,2	2,7	2,4
Schweiz	1,5	3,0	0,9	0,1	1,0	1,8	0,8	1,5	1,0	0,6	1,0	0,7

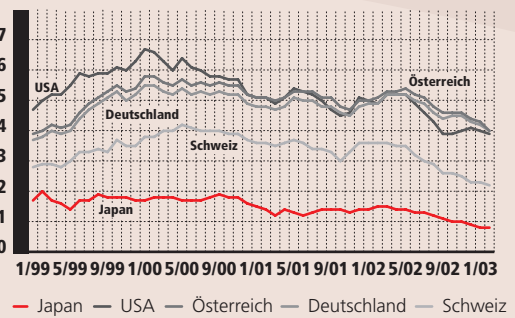
*) für Länder der Eurozone HVPI

	Budgetsaldo						Leistungsbilanz					
	<i>(in % des BIP)</i>						<i>(in % des BIP)</i>					
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Österreich	-2,3	-1,5	0,3	-0,6	-1,7	-1,1	-	-	-	-	-	-
Deutschland	-1,4	-1,3	-2,8	-3,6	-3,1	-2,5	-	-	-	-	-	-
Frankreich	-1,6	-1,3	-1,4	-3,1	-3,4	-2,7	-	-	-	-	-	-
Italien	-1,8	-1,5	-2,2	-2,4	-2,2	-2,6	-	-	-	-	-	-
Euroland	-1,2	-0,7	-1,4	-2,3	-2,2	-1,9	0,4	-0,9	-0,1	1,5	1,0	1,2
USA	1,3	2,4	0,9	-2,2	-2,7	3,2	-3,5	-4,5	-4,3	-4,5	-4,4	-4,9
Japan	-7,0	-7,4	-7,1	-8,0	-7,8	7,9	2,4	2,5	2,1	2,8	2,9	3,5
UK	1,2	1,8	0,8	-1,5	-2,0	-1,9	-1,2	-2,0	-2,1	-1,4	-1,9	-2,5
Schweiz	-0,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2	0,1	11,2	13,1	12,5	11,8	10,2	11,1

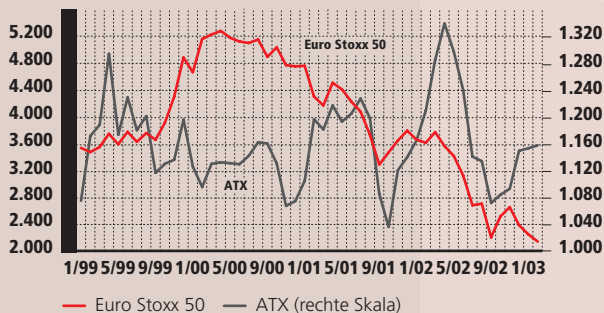
3-Monatsgeld



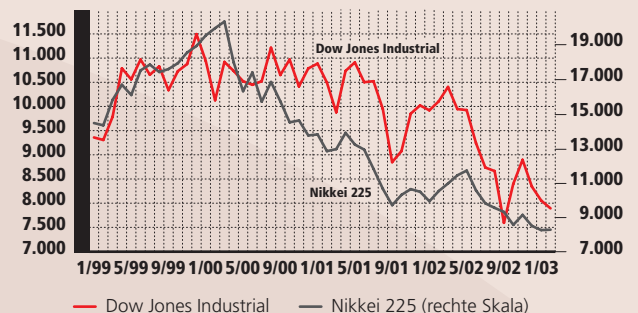
Sekundärmarktrendite



ATX/Euro Stoxx



Dow Jones/Nikkei 225



Quelle: Nationale Statistiken, OECD, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Osteuropa

	BIP						Industrieproduktion					
	<i>(real, Vdg. in %)</i>						<i>(real, Vdg. in %)</i>					
	2000	2001	2002	2003	2004	1989 = 100 2002	2000	2001	2002	2003	2004	1989 = 100 2002
Bulgarien	5,8	4,0	4,2	4,0	4,9	82	2,3	0,7	3,2	4,0	4,5	43
Kroatien	2,9	3,8	5,0	4,0	3,0	89	1,7	6,0	5,4	4,0	4,0	60
Polen	4,0	1,0	1,2	2,8	3,7	145	7,1	-0,1	1,4	5,0	6,4	131
Rumänien	1,8	5,3	4,9	4,4	4,8	88	8,7	8,2	6,0	6,5	7,0	51
Russland	9,0	5,0	4,3	3,5	3,6	69	11,9	4,9	3,7	3,5	4,0	46
Slowakei	2,2	3,3	3,8	3,0	3,2	107	8,8	6,8	6,5	5,0	5,5	95
Slowenien	4,6	2,9	3,0	3,0	3,7	123	6,2	2,9	2,4	3,5	4,0	83
Tschechien	3,3	3,3	2,0	2,6	3,5	102	5,1	6,8	4,8	4,0	5,0	87
Ukraine	5,8	9,2	4,6	3,5	3,5	47	12,9	14,2	7,0	5,5	5,0	65
Ungarn	5,2	3,8	3,3	3,6	4,0	112	18,3	4,0	2,6	4,5	7,0	142

	Privater Konsum						Bruttoanlageinvestitionen					
	<i>(real, Vdg. in %)</i>						<i>(real, Vdg. in %)</i>					
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Bulgarien	5,2	3,0	4,5	3,5	4,0	4,2	25,3	8,2	19,9	8,5	10,0	10,5
Kroatien	-2,9	4,2	4,6	6,0	4,0	3,1	-5,9	-3,5	9,7	10,0	7,0	3,0
Polen	5,2	2,7	2,0	2,8	2,6	3,1	6,9	3,1	-9,8	-7,6	3,2	6,0
Rumänien	-1,1	0,1	6,4	3,5	4,2	4,2	-10,8	5,5	6,6	8,3	7,4	7,5
Russland	-4,4	9,3	8,5	6,0	5,1	5,1	4,5	18,0	8,7	2,6	2,0	4,0
Slowakei	2,9	-1,8	4,0	4,2	2,0	2,3	-18,5	1,2	9,6	4,3	4,7	5,7
Slowenien	6,1	0,8	1,7	2,0	2,6	4,0	19,1	0,2	-1,9	3,2	4,5	5,0
Tschechien	1,7	2,5	3,9	3,0	3,5	4,2	-1,0	5,3	5,5	0,6	1,8	4,0
Ukraine	-3,3	4,0	7,5	4,5	3,5	2,5	2,9	6,5	8,3	4,0	3,0	4,0
Ungarn	5,4	4,4	5,1	7,7	4,8	3,0	5,9	6,6	3,1	5,8	4,5	6,5

	VPI						Arbeitslosenquote					
	<i>(in %)</i>						<i>(in %)</i>					
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Bulgarien	2,6	10,3	7,4	5,8	3,8	4,3	13,8	18,1	17,5	17,7	17,2	16,2
Kroatien	4,2	6,2	4,9	2,2	2,5	3,5	19,5	21,5	22,3	22,5	21,0	20,0
Polen	7,3	10,1	5,5	1,9	2,8	3,0	12,0	13,9	16,1	17,7	17,3	16,9
Rumänien	45,8	46,2	34,5	22,5	16,3	13,1	11,3	10,9	9,0	10,2	10,5	10,3
Russland	85,7	20,8	21,5	15,8	12,0	11,0	12,6	10,5	9,0	8,0	9,0	9,5
Slowakei	10,6	12,2	7,1	3,3	8,3	5,3	17,5	18,2	18,3	17,8	18,0	17,8
Slowenien	6,1	8,9	8,4	7,5	5,5	4,3	7,6	7,0	6,5	6,3	6,3	6,2
Tschechien	2,1	3,9	4,7	1,8	1,5	3,0	8,5	9,0	8,5	9,2	10,2	10,1
Ukraine	22,8	28,2	12,3	0,8	5,0	6,0	4,3	4,2	3,9	3,8	4,0	4,0
Ungarn	10,0	9,8	9,2	5,3	5,2	4,5	7,1	6,4	5,7	5,7	5,6	5,6

Quelle: Nationale Statistiken, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft

Osteuropa

	Budgetsaldo						Leistungsbilanz					
	<i>(in % des BIP)</i>						<i>(in % des BIP)</i>					
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Bulgarien	-0,9	-1,1	-0,9	-0,8	-1,0	-0,6	-5,3	-5,9	-6,5	-4,1	-4,0	-4,0
Kroatien	-8,2	-6,3	-6,5	-6,2	-5,0	-3,5	-7,0	-2,3	-3,3	-5,1	-3,2	-1,5
Polen	-3,2	-2,7	-5,2	-6,5	-6,3	-6,3	-8,1	-6,3	-3,0	-2,9	-3,2	-3,8
Rumänien	-2,6	-3,6	-3,5	-2,6	-2,6	-2,9	-3,8	-3,7	-5,9	-3,4	-3,9	-4,1
Russland	-2,9	3,0	3,1	1,0	0,2	0,0	12,9	17,9	11,3	9,2	6,5	4,0
Slowakei	-3,6	-3,9	-4,8	-7,0	-5,5	-5,0	-5,7	-3,3	-8,6	-8,8	-7,9	-7,3
Slowenien	-0,6	-1,3	-1,5	-2,8	-1,5	-1,0	-3,5	-2,9	0,2	1,7	0,4	-0,4
Tschechien	-1,6	-4,3	-5,2	-5,7	-7,0	-6,5	-2,7	-5,3	-4,6	-5,3	-5,2	-4,7
Ukraine	-1,4	0,2	-1,8	0,3	-0,1	-2,0	2,8	4,8	3,7	7,7	5,0	3,0
Ungarn	-3,4	-3,4	-3,3	-6,0	-4,3	-3,2	-5,1	-6,2	-3,4	-4,2	-4,5	-4,5

	FDI-Zufluss						Auslandsverschuldung					
	<i>(in Mio. USD)</i>						<i>(in % des BIP)</i>					
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Bulgarien	478	814	436	500	700	500	88,0	93,4	78,1	66,9	57,5	56,8
Kroatien	1.259	738	817	800	1.030	1.240	49,6	59,7	57,2	60,8	55,4	54,7
Polen	5.955	8.313	4.299	2.500	3.500	4.000	42,4	44,1	40,3	43,2	39,8	40,2
Rumänien	1.029	1.002	1.046	1.106	1.300	1.200	28,9	29,8	31,6	32,7	32,5	32,9
Russland	3.309	2.714	2.469	2.600	5.500	6.000	83,3	54,0	42,6	39,3	35,2	32,0
Slowakei	711	1.920	1.500	3.800	1.500	2.000	52,1	54,9	55,1	51,3	41,3	41,7
Slowenien	68	133	371	1.748	770	825	27,4	32,8	34,5	40,8	35,8	32,1
Tschechien	6.220	4.942	4.827	8.268	4.116	5.693	41,6	42,0	38,2	36,2	31,0	27,4
Ukraine	420	450	769	693	500	500	61,5	63,5	53,7	45,9	42,1	41,0
Ungarn	2.612	197	727	839	1.500	1.250	64,2	64,3	64,8	58,0	51,9	49,6

Zinsen und Währungen

	3M-Geld			10J-Benchmark			Wechselkurs ... /Euro		
	28.3. 2003	in 3 Monaten	in 12 Monaten	28.3. 2003	in 3 Monaten	in 12 Monaten	28.3. 2003	in 3 Monaten	in 12 Monaten
Polen	6,0	5,4	4,9	5,5	5,5	5,3	4,4	4,2	4,2
Slowakei	6,2	6,0	5,0	5,1	5,1	5,5	41,5	41,0	40,5
Tschechien	2,4	2,3	2,7	3,9	4,0	4,5	31,8	31,2	30,8
Ungarn	6,5	6,4	5,8	6,5	6,2	5,9	246,3	242,0	243,0

Quelle: Nationale Statistiken, Bank Austria Creditanstalt Konzernvolkswirtschaft